



INTEGRATION VOR ORT: PERSPEKTIVEN UND POTENZIALE

Eine Evaluierung der Integrationspraktiken und -strategien in
Südtiroler Gemeinden und Bezirksgemeinschaften 2019-2023

V. Wisthaler, J. Mitterhofer, S. Schönthaler

Integration vor Ort: Perspektiven und Potenziale

Eine Evaluierung der
Integrationspraktiken und -strategien
in Südtiroler Gemeinden und
Bezirksgemeinschaften 2019-2023

V. Wisthaler, J. Mitterhofer, S. Schönthaler

Zitierempfehlung:

Wisthaler, V., Mitterhofer, J., Schönthaler, S. (2023).
Integrationspolitik vor Ort: Perspektiven und Potenziale.
Eine Evaluierung der Integrationspraktiken und -strategien
in Südtiroler Gemeinden und Bezirksgemeinschaften
2019-2023. Bozen, Italien: Eurac Research.
<https://doi.org/10.57749/6y9f-7j28>

Eurac Research

Institut für Minderheitenrecht
Drususallee 1
39100 Bozen
T. + 39 0471 055200
Minority.rights@eurac.edu
www.eurac.edu/minority-rights

DOI: <https://doi.org/10.57749/6y9f-7j28>

Herausgegeben im Auftrag der Koordinierungsstelle für Integration, Autonome
Provinz Bozen

Autorinnen: Johanna Mitterhofer, Sophia Schönthaler, Verena Wisthaler
Wissenschaftliche Koordination: Verena Wisthaler
Übersetzungen: Amt für Sprachangelegenheiten, Autonome Provinz Bozen
(Italienisch)
Grafische Gestaltung: Eurac Research
Illustrationen: Eurac Research
Satzarbeit: Pluristamp, Brixen (BZ)

© Eurac Research, 2023



Diese Publikation wird unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International License (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) verbreitet, die die Wiederverwendung, gemeinsame Nutzung, Änderung, Verbreitung und Reproduktion in jedem Medium oder Format erlaubt, vorausgesetzt, dass die Urheberschaft ordnungsgemäß anerkannt wird, ein Link zur Creative Commons-Lizenz angegeben wird und ein Hinweis darauf gegeben wird, Änderungen vorgenommen wurden.

Inhalt

Potenziale und zentrale Herausforderungen	4
1. Einführung	8
1.1. Ziele der Studie	8
1.2. Terminologie	10
1.3. Methodik	10
2. Stand der „Integrationspolitik vor Ort“	16
2.1. Institutionalisierung von Integration in der Gemeinde	18
2.1.1. Die Rolle des Integrationsreferenten/der Integrationsreferentin	18
2.1.2. Budget	21
2.1.3. Andere Organe zur Förderung von Integration vor Ort	22
2.1.4. Entwicklung von Integrationsstrategien	23
2.1.5. Fazit	24
2.2. Dienstleistungen, Maßnahmen und Projekte im Bereich Integration	25
2.2.1. Initiativen und Veranstaltungen	25
2.2.2. Drittmittelfinanzierte Projekte	26
2.2.3. Fokus SPRAR/SIPROIMI/SAI: Beispiel für die Notwendigkeit der Vernetzung	28
2.2.4. Fazit	29
2.3. Netzwerksarbeit inner- und außerhalb der Gemeinden	29
2.3.1. Netzwerksarbeit innerhalb der Gemeinde	30
2.3.2. Netzwerke außerhalb der Gemeindegrenze	32
2.3.3. Fazit	33
2.4. Zusammenarbeit mit der KOI	33
2.4.1. Fazit	37
3. ANNEX - Fragebogen	39

Potenziale und zentrale Herausforderungen

Im Auftrag der Koordinierungsstelle für Integration (KOI) führte das Institut für Minderheitenrecht von Eurac Research 2023 eine qualitative Studie zur Gestaltung und Umsetzung von Maßnahmen im Politikfeld Integration¹ in den Südtiroler Gemeinden im Zeitraum 2019-2023 durch. Die Studie bildet die Basis für die Entwicklung einer Mehrjahresstrategie im Bereich Integration auf Landesebene.

Die Datengrundlage der Studie bildet einerseits ein Fragebogen, der an die Integrationsbeauftragten aller 116 Südtiroler Gemeinden verschickt wurde und von 62% dieser beantwortet wurde, sowie 19 teilstrukturierte Interviews mit Integrationsbeauftragten und Vertretern und Vertreterinnen von Politik und Verwaltung, die im Bereich Integration tätig sind. Während der Fragebogen die Rolle der Integrationsbeauftragten untersuchte, Daten zu den auf lokaler Ebene durchgeführten Initiativen, Projekte und Netzwerke im Bereich der Integration erhob und die Zusammenarbeit der Gemeinden mit der KOI evaluierte, vertieften die Interviews strategisch-politische Aspekte der Integrationspolitik vor Ort.

Auf der Basis dieser Datengrundlage ergeben sich folgende **Herausforderungen, Perspektiven und Potenziale**:

1. ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN

Gemeinden setzen eine Vielzahl an Einzelmaßnahmen um, es fehlt aber an langfristigen und nachhaltigen Strategien.

In Südtirols Gemeinden wird eine Vielzahl von integrationsrelevanten Initiativen umgesetzt, unabhängig von der Größe der Gemeinde und vom Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die in der Gemeinde leben. Die finanzielle Förderung durch die KOI ist für viele dieser Projekte und Initiativen grundlegend. Viele dieser Initiativen sind allerdings Einzelmaßnahmen, die oft einmalig oder zeitlich in einem begrenzten Rahmen durchgeführt werden, und nicht in eine längerfristige Integrationsstrategie eingebunden sind. Eine langfristige und nachhaltige Planung für den Bereich Integration fehlt in den meisten Südtiroler Gemeinden.

¹ Die Autorinnen sind sich erstens durchaus bewusst, dass der Begriff „Integration“ umstritten ist. Zweitens ist das Konzept „Integration“ vielfältig definierbar und wird sowohl theoretisch sowie auch empirisch als auch von diversen Akteuren, unterschiedlich umgesetzt (s. auch S. 10).

Integrationsbeauftragte sind zentral für die Integrationsarbeit vor Ort, es fehlt aber oft an Strukturen, Budget und Stabilität.

Die meisten Integrationsbeauftragten in den Gemeinden sind derzeit Einzelkämpfer und Einzelkämpferinnen, die zwar generell sehr motiviert sind, sich oft aber unvorbereitet fühlen, um die Komplexität des Themas zu bewältigen. Das Gelingen von Integration vor Ort ist aktuell noch sehr personenbezogen und von den jeweiligen Integrationsbeauftragten abhängig: Fällt diese Person weg, gehen auch Wissen, Netzwerke, Visionen und Pläne abhanden. Zusätzlich fehlen häufig das Interesse des Gemeinderats, die Ausstattung mit einem angemessenen Budget, und die politische Wertschätzung sei es für die Funktion als auch für das Thema allgemein. Fehlende Strategien auf Landesebene erschweren die Arbeit der Integrationsbeauftragten zusätzlich.

Netzwerkarbeit kann als Schlüsselaufgaben eines gelungenen Integrationsprozesses definiert werden. Netzwerke sind vielfältig und überschreiten oft Gemeindegrenzen. Drittmittelfinanzierte Projekte liefern den Rahmen für den Aufbau von Netzwerken, vor allem im Bereich der Aufnahme von Asylsuchenden.

Die meisten Südtiroler Gemeinden sind sich der Bedeutung von Netzwerken bewusst und viele Gemeinden suchen proaktiv Kooperationen innerhalb und außerhalb der Gemeindegrenzen, um die Integrationsarbeit vor Ort voranzutreiben, neue Impulse und Ideen zu erhalten und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden.

Drittmittelfinanzierte Projekte bilden oft den Rahmen solcher Partnerschaften, die sich besonders im Bereich der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden durch SAI/SIP-ROIMI/SPRAR-Projekten bewährt haben. Bisher haben allerdings nur wenige Gemeinden solche Projekte zur Integration von Asylsuchenden durchgeführt. Generell zeigt sich, dass Gemeinden sehr interessiert an drittmittelfinanzierten Projekten sind und auch sehr gute Erfahrungen damit machen. Dies allerdings nur dann, wenn Gemeinden als gleichberechtigte Akteure teilnehmen, die auch in die Planungsphase miteinbezogen werden und nicht lediglich als ausführendes Organ behandelt werden, welches Entscheidungen umsetzt, die auf Landes- bzw. Staatsebene getroffen wurden. Die Miteinbeziehung der Bezirksgemeinschaften in die Integrationsnetzwerke hat sich für die meisten der Gemeinden als Mehrwert erwiesen, denn damit können Ressourcen gebündelt werden.

Die KOI ist eine zentrale Anlaufstelle und geschätzter Partner für die Gemeinden. Es braucht aber mehr.

Die KOI hat sich als zentrale Anlaufstelle für die Integrationsarbeit vor Ort etabliert, und hat südtirolweit ein aktives Netzwerk von Integrationsakteuren und -akteurinnen aufgebaut, das Integrationsbeauftragte umfasst, aber auch Bezirksgemeinschaften miteinschließt. Weiters wurde eine von den Gemeinden sehr gern in Anspruch genommene Finanzierungsschiene für Projekte aufgebaut. Allerdings wird von den Akteuren und Akteurinnen auf lokaler Ebene eine klarere politische Vision und langfristige Planung erwartet, die auch mit einer Stärkung der KOI, sei es bezüglich personeller und finanzieller Ausstattung als auch politischem Gewicht, einhergehen.

Institutionalisierung sowie eine langfristige und nachhaltige Planung des Politikfelds Integration fehlen.

Die Institutionalisierung von Integration vor Ort durch den Einsatz von Gremien, der Ausarbeitung von Strategien, der langfristigen Planung – weg von der Person und hin zur Struktur – ist aktuell noch auf wenige Gemeinden beschränkt. Im Sinne der Stabilität und Kohärenz wäre dies allerdings von größter Wichtigkeit. Während Gemeinden hier selbst aktiv werden können und müssen, muss derselbe Prozess gleichzeitig auch auf Landesebene stattfinden: Das Fehlen eines Mehrjahresplans sowie die nur mit limitierten Ressourcen ausgestattete KOI bremsen eine wirkliche Institutionalisierung der Integrationspolitik in Südtirol.

Integrationsarbeit vor Ort ist unabhängig von der Größe der Gemeinde und dem Anteil der Personen mit Migrationshintergrund.

Es hat sich gezeigt, dass eine proaktive Integrationsarbeit vor Ort, die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung von Integration, sowie die aktive Beteiligung in Integrationsnetzwerken weder von der Größe der Gemeinden noch vom Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in derselben Gemeinde abhängig sind.

2. PERSPEKTIVEN UND POTENZIALE

Weg von multikulturellen Veranstaltungen und hin zu längerfristiger Inklusionsarbeit

Im Rahmen von Veranstaltungen, punktuellen Maßnahmen und Kleinprojekten ermöglichen so gut wie alle befragten Südtiroler Gemeinden Momente des gemeinsamen Kennenlernens und gegenseitigen Austausches. Der Fokus liegt hier oft auf klassischen „multikulturellen“ Initiativen wie etwa gemeinsames Kochen, Vorträge über andere Länder und Kulturen oder das Vorführen traditioneller Tänze und Lieder. Nur wenige Gemeinden finden innovativere und inklusionsbasierte Ansätze, die nicht das „Anders-Sein“ betonen, sondern das „Gemeinsame“. Solche Ansätze müssen verstärkt gefördert werden, um der Realität einer pluralen Gesellschaft gerecht zu werden.

Integrationsbeauftragte unterstützen und durch Gremien Stabilität aufbauen

Die derzeit sehr personenbezogene Rolle des bzw. der Integrationsbeauftragten kann durch unterstützende Gremien wie etwa Integrationsbeiräte entlastet werden. Ein Gremium kann zudem neue Perspektiven einbringen und Energie für neue Angebote und Maßnahmen im Bereich Integration schaffen, und garantiert zusätzlich den Erhalt und die Weitergabe von Erfahrungen, Kontakten und Netzwerken.

Lebendige Netzwerke und Austausch über die Gemeindegrenzen hinweg fördern

Die Netzwerkarbeit der Gemeinden inner- und außerhalb Südtirols soll gefördert und gestärkt werden. Bestehende Netzwerke und Partnerschaften müssen lebendig bleiben, an Stabilität gewinnen und zu einem fixen Bestandteil der Integrationsarbeit vor Ort werden. Die Bezirksgemeinschaften haben sich als strategische territoriale Partner etabliert, die es benachbarten Gemeinden erlauben, in einen breiteren Austausch zu treten und gemeinsame Themen und Herausforderungen ressourcenschonend zu bearbeiten.

Die auch punktuelle Einbeziehung von Akteuren außerhalb der Autonomen Provinz Bozen, aus anderen italienischen Regionen oder benachbarten Bundesländern, kann neue Impulse liefern und zum gegenseitigen Lernen anregen, sowie durch den Blick auf europäische Realitäten das Kirchturmdenken aufbrechen und den Weitblick fördern.

Die KOI: Hin zu einer nachhaltigen gesellschaftspolitischen Verantwortung

Die KOI hat sich als zentrale Anlaufstelle für die Integrationsbeauftragten der Gemeinden und der Bezirksgemeinschaften etabliert. Informationsvermittlung und die Finanzierung von Integrationsprojekten, aber auch die Vernetzung der Integrationsbeauftragten standen dabei bisher im Vordergrund. In Zukunft sollte das Augenmerk vermehrt auf eine Positionierung des Themas Integration in der Mitte der Südtiroler Gesellschaft gelegt werden. Die Ausarbeitung eines Mehrjahresplans sowie die öffentliche Positionierung der KOI als zentrale Gestalterin der Integrationspolitik in Südtirol sollten zu den Prioritäten der KOI in den nächsten Jahren werden.

Planung und Gestaltung der Integrationspolitik auf allen Ebenen

Der Aufbau eines aktiven Netzwerkes der Integrationsbeauftragten der einzelnen Gemeinden sowie die Einbeziehung der Bezirksgemeinschaften war ein wichtiger Schritt für die Institutionalisierung von Integration vor Ort. Allerdings liegt derzeit noch sehr viel Verantwortung für die Gestaltung derselben, also die Planung und Umsetzung von gezielten Maßnahmen und Projekten, bei den einzelnen Personen vor Ort. Der Einsatz von Gremien, die Ausarbeitung von Strategien, die langfristige Planung – weg von der Person und hin zur Struktur – ist daher von größter Wichtigkeit. Während Gemeinden hier selbst aktiv werden können und müssen, ist eine koordinierte Planung und Gestaltung desselben Prozesses auf Bezirks- und Landesebene unumgänglich. Nur so kann Integrationsarbeit in Südtirol langfristig und nachhaltig gestaltet werden.

1. Einführung

1.1. ZIELE DER STUDIE

„Integration geschieht vor Ort“, so ein sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis oft zitierter Leitsatz in der Debatte um den Umgang mit Migration und migrationsbedingter Vielfalt. Abgesehen von der Ambiguität des Begriffes Integration, der zwar umstritten, andererseits aus dem Migrationsdiskurs nicht wegzudenken ist, stellen sich die Fragen: Was bedeutet vor Ort? Wer sind die Akteure, die Integration denken, planen und umsetzen? Und wer soll integriert werden?

Dieser Ort, oft auch als „das Lokale“ bezeichnet, kann definiert werden als die kleinste Regierungs- und Verwaltungsebene. Es ist die Gemeinde, und somit die Gemeindepolitik und -verwaltung, sowie alle in der Gemeinde tätigen Institutionen und Vereine, die sich um die gesamte Bevölkerung in der Gemeinde kümmern. Somit umfasst das Konzept der Integration vor Ort nicht nur den gewählten Gemeinderat und die Verwaltung, sondern auch alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, private wie öffentliche. Weiters verweist der Begriff der Integration auf den komplexen Prozess der Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt, an dem alle Mitglieder einer Gesellschaft beteiligt sind.

In diesem Sinne ist es das Ziel der vorliegenden Publikation, einen Überblick darüber zu geben, wie Südtirols Gemeinden das Politikfeld „Integration“ bzw. das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Sprachen und Religionen definieren, gestalten und fördern. Die Erfassung und Analyse der im Zeitraum 2019-2023 geleisteten Integrationsarbeit vor Ort aus der Sicht von Gemeinden, Bezirksgemeinschaften und der zuständigen Stelle der Autonomen Provinz Bozen (Koordinierungsstelle für Integration - KOI) steht somit an erster Stelle. Die Integrationsarbeit vor Ort wird zuerst anhand eines Überblicks über die Aktivitäten und Integrationsakteure in den Gemeinden und Bezirksgemeinschaften erfasst. Anschließend werden die Motivationen, Schwierigkeiten und Hürden für die Integrationsarbeit auf der lokalen Ebene vertieft und kritisch reflektiert.

Das Thema Integration ist für alle Gemeinden von wichtiger Bedeutung: Die Gemeindebevölkerung hat sich in den letzten 15 Jahren in allen Südtiroler Gemeinden stark diversifiziert, und umfasst sowohl Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern, mit unterschiedlichen sprachlichen, religiösen und kulturellen Hintergründen, als auch Menschen mit unterschiedlichem rechtlichen Status, mit und ohne italienischer Staatsbürgerschaft, mit einer langfristigen Aufenthaltsbewilligung oder in Erwartung einer Anerkennung als Flüchtling.² Integration, oder die Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt, ist zudem

² Eurac Research (2020), Migrationsreport.
<https://www.eurac.edu/de/reports/migrationsreport-suedtirol-2020>

als Querschnittsmaterie nicht trennbar von den zentralen Bereichen der Gemeindepolitik und –verwaltung wie Schule und Bildung, politische Partizipation, Wohnen und Siedlungsentwicklung, Arbeit und Wirtschaft, Gesundheit und Soziales, sowie Vereinswesen, Kultur und Religion.³

Somit ist der Aufbau und die Unterstützung der Integrationsarbeit vor Ort von zentralem Interesse der Koordinierungsstelle für Integration (KOI) der Autonomen Provinz Bozen, die diese sowohl mittels finanzieller Förderung von Projekten und Initiativen anregt als auch mittels gezielter Schwerpunktsetzung hervorhebt. Außerdem trägt eine gelungene Integrationsarbeit vor Ort zur nachhaltigen und resilienten kulturellen, sozialen als auch wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinde sowie der Südtiroler Gesellschaft allgemein bei und ist somit von großer Wichtigkeit.

Das Ziel dieser Studie liegt allerdings nicht nur in der Erfassung und Darstellung der Strategien im Umgang mit migrationsbedingter Vielfalt in den Südtiroler Gemeinden, sondern auch in der Analyse unterschiedlicher Faktoren, die dazu führen, dass einige Gemeinden sich mehr als andere mit dem Thema beschäftigen. Dabei untersuchen wir einerseits den Einfluss struktureller Faktoren, vor allem die Größe der Gemeinde gemessen an der Wohnbevölkerung und den Anteil von Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft im Verhältnis zur gesamten Wohnbevölkerung der Gemeinde, sowie die Präsenz von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Gemeinde. Andererseits untersuchen wir institutionelle Faktoren, wie das Vorhandensein von sogenannten „Ausländer“- oder Integrationsbeiräten bzw. Arbeitsgruppen zum Thema Inklusion/Integration, die geplante Herangehensweise an das Thema und das Vorhandensein von gezielten Integrationsstrategien inklusive einem angemessenen Budget zur Umsetzung derselben, und vorhandenen Netzwerken inner- und außerhalb der Gemeinde.

Unsere Hypothese ist, dass ein höherer Anteil an Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft sowie die Präsenz von Asylsuchenden und Flüchtlingen Gemeinden anregt – oft auch aus der Notwendigkeit heraus – sich aktiv mit dem Thema Integration auseinanderzusetzen und konkrete Maßnahmen umzusetzen. Wir erwarten des Weiteren, dass eine gezielte Planung und starke Netzwerke einerseits zu mehr Maßnahmen im Bereich Integration führen, und andererseits die Umsetzung erleichtert und das Thema prominenter in der Gemeinde verankert.

Bezüglich der Größe der Gemeinden sind unsere Erwartungen unterschiedlich. Einerseits zeigt die Literatur, dass größere Gemeinden und Städte aufgrund der Heterogenität des Arbeitsmarktes, aber auch aufgrund der Dichte an Dienstleistungen und Vereinen mehr Menschen mit Migrationshintergrund anziehen, deren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben jedoch oft eingeschränkt und auf das unmittelbare Lebensumfeld – den Wohnraum inkl. Nachbarschaft und Ausbildungs- oder Arbeitsplatz – konzentriert bleiben. In kleinen Gemeinden liegen die Zugangshürden zum gesellschaftlichen Leben oft höher, allerdings

3 Mitterhofer, Wisthaler & Stawinoga (2016). Zusammenleben in Südtirol: <https://bia.unibz.it/esploro/outputs/report/Zusammenleben-in-Sdtirol-Viel-falt-in-den-Gemeinde-Ein-berblick-ber-Integrations--und-Inklusionspolitiken-auf-Gemeindeebene/991005772846501241>

sind diese aufgrund der Übersichtlichkeit einfacher zu navigieren. Auch Vertrauen aufeinander, das auf Kontakt, dem persönlichen Sich-Kennen und dem individuellen Austausch basiert, ist in kleinen Gemeinden größer, und einmal Vertrauen gefasst, erleichtert dies die Integration und das Zusammenleben.

Die Publikation gliedert sich wie folgt: Nach einer kurzen Präsentation der verwendeten Terminologie und Methodik präsentieren wir den Stand der Integrationspolitik vor Ort (Teil 2). Hier liegt der Fokus erstens auf einer Analyse der Institutionalisierung von Integration in der Gemeinde mit Betrachtung der Rolle der Integrationsbeauftragten, des Budgets, anderer Gremien zur Förderung der Integrationsarbeit vor Ort sowie von kommunalen Integrationsstrategien (2.1). Zweitens beleuchten wir die Maßnahmen, Veranstaltungen und Projekte, die Südtiroler Gemeinden im Bereich Integration umsetzen (2,2) und drittens, die Netzwerkarbeit inner- und außerhalb der Gemeinden (2,3). Im Anschluss befassen wir uns im Detail mit der Zusammenarbeit von Gemeinden mit der KOI und einer Analyse der Stärken und Schwächen dieser Zusammenarbeit aus Sicht der Gemeinden (2.4).

1.2. TERMINOLOGIE

Aufgrund der vorwiegenden Verwendung des Begriffes „Integration“ in den offiziellen Dokumenten der Landes- und Gemeindeverwaltungen („Koordinierungsstelle für Integration“, „Integrationsreferent“, „Integrationsvereinbarung“, usw.) verwendet die vorliegende Studie den Begriff „Integration“ immer dann, wenn auf diese Dokumente und Politiken verwiesen wird. Was mit „Integration“ jedoch genau gemeint ist, ist heterogen, vielschichtig und auch gegensätzlich, und reicht von Ideen der Assimilierung und des multikulturellen Nebeneinanders bis hin zur Inklusion und dem Zusammenleben in Vielfalt. Daher wird der Begriff auch bewusst in dieser Publikation nicht näher definiert.

Der Begriff „Personen mit Migrationshintergrund“ umfasst sowohl Personen, die selbst nach Südtirol gezogen sind und hier ihren derzeitigen Lebensmittelpunkt haben, als auch jene Personen, die in Italien oder Südtirol geboren wurden, aber deren Eltern oder Großeltern aus einem anderen Herkunftsland stammen. Auch Asylsuchende und Flüchtlinge sind Teil dieser Definition. Die Autorinnen sind sich durchaus bewusst, dass Personen mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe darstellen, sondern unterschiedliche und zu differenzierende Bedürfnissen, Vorstellungen und Erwartungen haben. Der Begriff „Menschen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft“ wird im Text in Bezug auf statistische Daten verwendet, da das Landesamt für Statistik ASTAT die Staatsangehörigkeit als primäres Kriterium zur Differenzierung benutzt.

1.3. METHODIK

Die Ergebnisse der Publikation basieren auf einem qualitativen Datenset, welches mittels Literaturrecherche, Fragebogen und teilstrukturierten Interviews, sowie informellen Hintergrundgesprächen mit Experten und Expertinnen und Mitarbeiterinnen des Instituts für Minderheitenrecht von Eurac Research im Zeitraum April-August 2023 erhoben wurde.

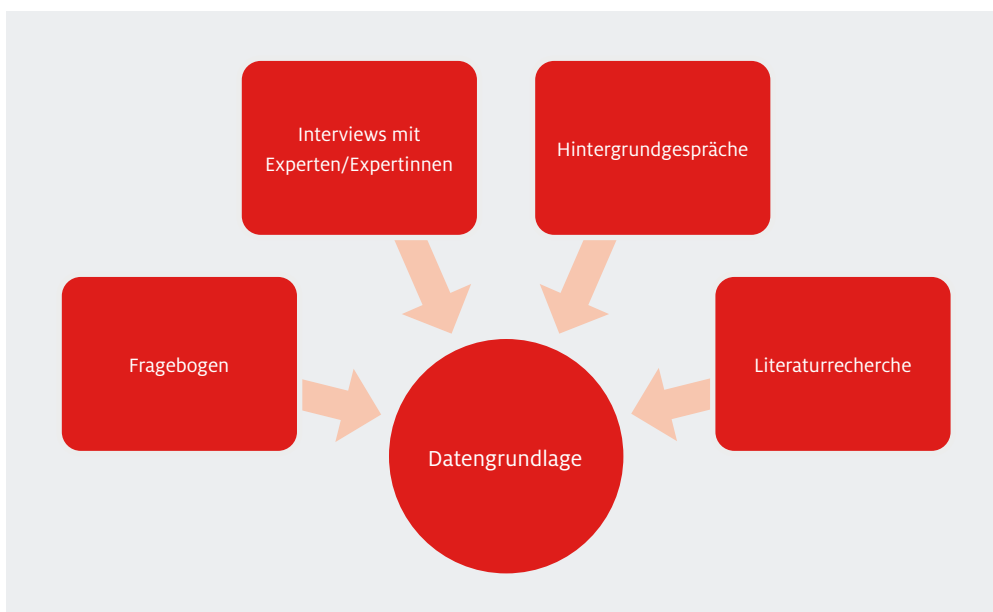


Abb. 1: Datengrundlage

Der Fragebogen (siehe Annex 1) wurde per E-Mail von April bis Mai 2023 an die Integrationsbeauftragten aller Südtiroler Gemeinden versandt. Er bestand sowohl aus Multiple-Choice-Fragen als auch aus offenen Fragen und konnte über die Online-Plattform „Survey Monkey“ ausgefüllt werden. 72 (62,07%) der 116 Südtiroler Gemeinden nahmen an der Befragung teil, wobei der Fragebogen grundsätzlich von den Integrationsbeauftragten oder der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister ausgefüllt wurde.

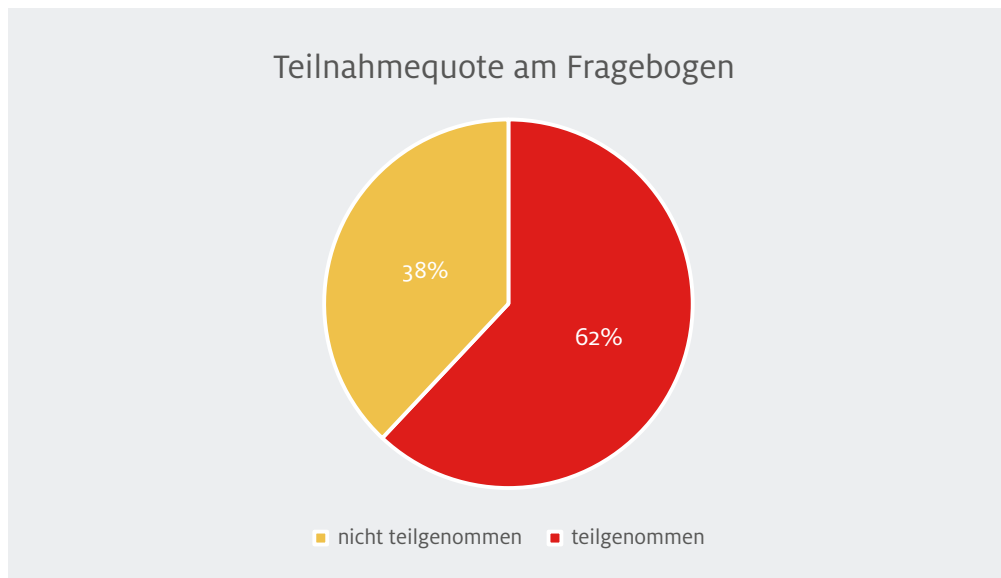


Abb.2: Teilnahmequote

Der Fragebogen bestand aus 6 Themenblöcken, die darauf abzielten, integrationsrelevante Aktivitäten, Maßnahmen, Strategien und Netzwerke der verschiedenen Gemeinden aufzuzeigen. Diese Themenblöcke waren im Vorfeld auf der Basis einer Recherche der einschlägigen Forschungsliteratur, Erkenntnissen und Ergebnissen aus einer Vorgängerstudie zu Integration in den Gemeinden von Eurac Research aus dem Jahr 2016⁴, sowie einer Analyse von Vorgesprächen mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Koordinierungsstelle für Integration definiert worden. Der erste Themenblock befasste sich mit der Integrationspolitik vor Ort. Der Fokus lag dabei auf dem Integrationskonzept, auf Projekten im Bereich Integration und Migration sowie auf das zur Verfügung stehende Budget. Der zweite Teil des Fragebogens zielte darauf ab, Integrationsaktivitäten vor Ort genauer zu beleuchten. Dabei ging es um Aktivitäten bzw. Dienstleistungen und das Vereinswesen im Bereich Integration. Im Fokus des dritten Themenblocks standen Netzwerke innerhalb sowie außerhalb der Gemeinden. Asyl und Flucht war der vierte Themenblock des Fragebogens und setzte sich besonders mit Erfahrungen im Kontext von SPRAR/SIPROIMI/SAI-Projekten auseinander. Der fünfte Themenblock befasste sich mit der Zusammenarbeit der Gemeinden mit der KOI, während der letzte Block sich nochmals intensiv mit der Rolle der Integrationsbeauftragten auseinandersetzte.

⁴ Mitterhofer, Wisthaler & Stawinoga (2016). Zusammenleben in Südtirol: <https://bia.unibz.it/esploro/outputs/report/Zusammenleben-in-Sdtirol-Vielfalt-in-den-Gemeinde-Ein-berblick-ber-Integrations--und-Inklusionspolitiken-auf-Gemeindeebene/991005772846501241>

Aufgrund unserer Hypothese, dass die Bevölkerungszahl der Gemeinde gemessen an der Wohnbevölkerung, sowie der Anteil von Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft wichtige Faktoren sind, welche die Bereitschaft von Gemeinden, sich aktiv mit dem Thema Integration auseinanderzusetzen und konkrete Maßnahmen umzusetzen, beeinflussen, wurden die Antworten in Bezug auf Wohnbevölkerung und Anteil von Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft kategorisiert und analysiert:

Bevölkerungsgröße:

1. „Große Gemeinden“ mit einer Wohnbevölkerung von mehr als 7.000 Personen (insgesamt 8 der teilnehmenden Gemeinden)
2. „Mittel-große Gemeinden“ mit einer Wohnbevölkerung zwischen 3.000 und 7.000 Personen (insgesamt 26 der teilnehmenden Gemeinden)
3. „Kleine Gemeinden“ mit einer Wohnbevölkerung von weniger als 3.000 Personen (insgesamt 38 der teilnehmenden Gemeinden)

Anteil von nicht-italienischen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen:

1. Gemeinden mit einem Anteil an Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft von mehr als 10% (insgesamt 10 der teilnehmenden Gemeinden)
2. Gemeinden mit einem Anteil an Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft zwischen 5 und 10% (insgesamt 38 der teilnehmenden Gemeinden)
3. Gemeinden mit einem Anteil an Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft unter 5 % (insgesamt 24 der teilnehmenden Gemeinden)

Alle der teilnehmenden großen Gemeinden haben einen Anteil von mindestens 5% Menschen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft. Zu den Gemeinden mit einem Anteil an Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft von mehr als 10% zählen neben den zwei größten Gemeinden Südtirols Bozen und Meran auch die kleineren Gemeinden Franzensfeste, Brenner, Stilfs und Welschnofen.

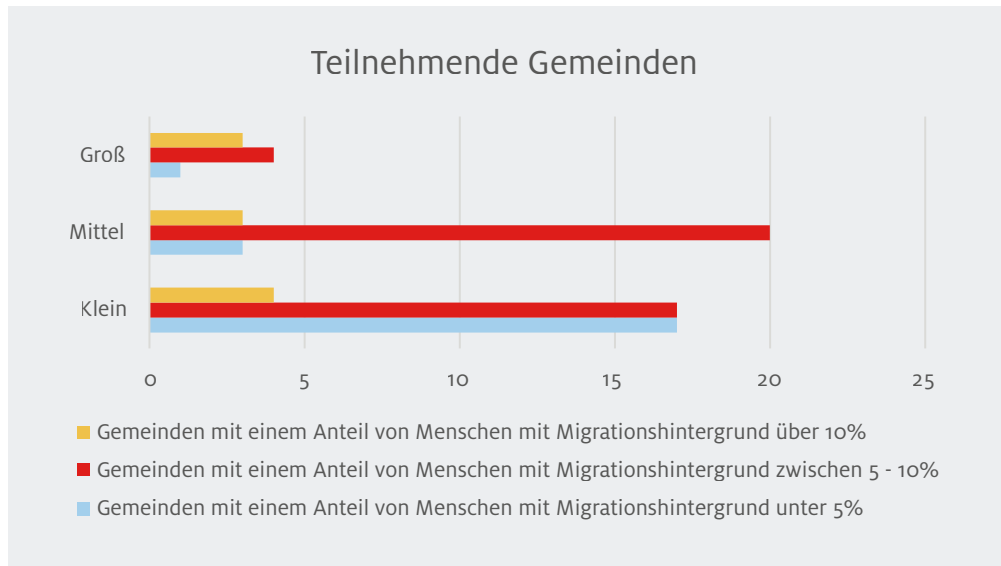


Abb. 3: Überblick über die teilnehmenden Gemeinden

Die 72 Fragebögen wurden statistisch ausgewertet. Offene Antwortmöglichkeiten wurden thematisch mit Hilfe der Computer Assisted Qualitative Data Analysis Software (CAQDAS) für qualitative Datenanalyse NVivo kodiert und analysiert. Die Codes wurden zunächst induktiv auf der Basis der Vorgespräche und Literaturrecherche entwickelt und dienen als Grundlage für die Analyse der offenen Antworten nach dem deduktiven Ansatz, bei der jedes Datensegment den bereits entwickelten Codes zugeordnet wird.

Auf Basis der durch den Fragebogen ermittelten Daten definierten die Wissenschaftlerinnen von Eurac Research einen Leitfaden für semistrukturierte Interviews, die mit 6 Integrationsbeauftragten der Gemeinden, welche bereits den Fragebogen ausgefüllt hatten und sich für ein Interview bereit erklärt hatten, mit Mitarbeitenden von 5 Bezirksgemeinschaften, welche im Bereich Integration arbeiten, und 3 Mitgliedern von Integrationsbeiräten auf Gemeinde- bzw. Landesebene im Zeitraum Mai 2023 – August 2023 durchgeführt wurden.

Zudem wurden 5 Experteninterviews mit den zum Zeitpunkt der Studie für Integration bzw. der Unterbringung von Asylsuchenden zuständigen Ressortdirektoren Luca Critelli und Armin Gatterer, den zuständigen Landesräten bzw. Landesrätinnen Philipp Achammer und Waltraud Deeg und Landeshauptmann Arno Kompatscher geführt.

Teilstrukturierten Interviews liegt ein Interview-Leitfaden als Liste offener Fragen zugrunde. Er bietet ein Grundgerüst, das für eine Vergleichbarkeit der Interviews sorgt, kann aber flexibel an die jeweilige Interviewsituation angepasst werden und ermöglicht dadurch das Eingehen auf individuelle Perspektiven und Erfahrungen. Die semistrukturierten Inter-

views hatten das Ziel, die mittels des Fragebogen gewonnenen Daten kritisch zu reflektieren und als besonders relevant empfundene Aspekte vertiefend zu behandeln, insbesondere die Zusammenarbeit von Gemeinden und Bezirksgemeinschaften mit der KOI sowie Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Integrationspolitik in Südtirol. Die Interviews wurden telefonisch bzw. mittels Teams durchgeführt und hatten eine Dauer von ca. 45 Minuten. Sie wurden aufgenommen und anonymisiert, transkribiert sowie mit Hilfe von NVivo kodiert und analysiert. Im vorliegenden Bericht ergänzen Aussagen aus den Interviews die Fragebogendaten und vertiefen diese.

Interview 1	Integrationsbeauftragte/r Gemeinde
Interview 2	Integrationsbeauftragte/r Gemeinde
Interview 3	Integrationsbeauftragte/r Gemeinde
Interview 4	Integrationsbeauftragte/r Gemeinde
Interview 5	Integrationsbeauftragte/r Gemeinde
Interview 6	Integrationsbeauftragte/r Gemeinde
Interview 7	BZG Pustertal
Interview 8	BZG Wipptal
Interview 9	BZG Überetsch
Interview 10	BZG Salten-Schlern
Interview 11	BZG Vinschgau
Interview 12	Mitglied Landesintegrationsbeirat
Interview 13	Mitglied Gemeindeintegrationsbeirat
Interview 14	Mitglied Gemeindeintegrationsbeirat
Interview 15	Luca Critelli, Ressortdirektor
Interview 16	Armin Gatterer, Ressortdirektor
Interview 17	Waltraud Deeg, Landesrätin für Soziales
Interview 18	Philipp Achammer, Landesrat für Integration
Interview 19	Arno Kompatscher, Landeshauptmann

Abb. 4: Übersicht der Interviews



Abb. 5: Zeitleiste

2. Stand der „Integrationspolitik vor Ort“

Die Förderung der „Integrationsarbeit vor Ort“ ist einer der Schwerpunkte, der sich seit dem Jahre 2016 bis 2023 durch die Arbeit der Koordinierungsstelle für Integration (KOI) der Autonomen Provinz Bozen zieht. Die zentrale Rolle der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften wurde bereits in Art. 15 Südtiroler Integrationsgesetz (Nr. 12 vom 28. Oktober 2011) festgelegt, und in Art. 3.3 und durch die Einführung eines dafür zuständigen Referenten oder einer Referentin weiter gefestigt. Auch wurden bereits 2016, mit Beschluss Nr. 811 vom 19.07.2016, Kriterien zur finanziellen Förderung von Maßnahmen und Projekten, die die Integration von ausländischen Personen in den Südtiroler Gemeinden fördern, definiert und mit Beschluss Nr. 1028 vom 30.12.2022 ausgeweitet.

Die Förderung der Integration auf lokaler Ebene wird von der KOI⁵ wie folgt definiert:

Integration vor Ort durch die Förderung von Projekten

*Die **öffentlichen Institutionen** arbeiten in **Zusammenarbeit** mit ihren jeweiligen **Beratungsbeiräten** und den **Integrationsreferenten**, mit **Organisationen ohne Gewinnabsicht**, **Verbänden** und **Genossenschaften** vor Ort daran, Hindernisse für Integration und Inklusion zu erkennen und abzubauen. Spezifische **lokale Situationen und Bedürfnisse** bilden die Grundlage für die Planung und Umsetzung **gezielter Maßnahmen** in den verschiedenen Interventionsbereichen.*

***Integration** und **Eingliederung** können durch **Aktionen auf lokaler Ebene** erleichtert und möglich werden. Gezielte **Projekte**, **dynamische Beziehungen** auf allen Verwaltungsebenen, die **Zusammenarbeit** mit den **Sozialpartnern** und interessierten **Bürger*innen** geben die notwendige Unterstützung, **Integrationsprozesse vor Ort** in die Praxis umsetzen.*

***Gemeinden** und **Bezirksgemeinschaften**, und seit kurzem auch **Organisationen ohne Gewinnabsicht** und **Genossenschaften** können um Beiträge für verschiedene **Projekte** und **Maßnahmen zur Integration** und **Inklusion neuer Mitbürgerinnen** und **Mitbürger** ansuchen. Dies hat die Landesregierung mit Beschluss am 30. Dezember 2022 zur **Förderung des Integrationsprozesses** genehmigt.*

Somit betont die KOI erstens die Verteilung der Verantwortung für die Integration sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung auf mehrere Akteure, sei es innerhalb der Gemeindepolitik und –verwaltung, als auch außerhalb auf zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Verbände und Genossenschaften, und betont des Weiteren die Wichtigkeiten einer Zusammenarbeit zwischen den Akteuren. Wie auch ein Mitarbeiter der Landesverwaltung betont, ist es

... wichtig, dass in den Gemeinden Bewusstsein für das Thema Integration da ist. Was dann daraus entsteht, ob Sensibilisierung, Veranstaltungen, usw., kann auch unterschiedlich sein. Unser Ansatz ist der, dass viele Köpfe mehr generieren können als die Köpfe in der KOI .

⁵ Koordinierungsstelle für Integration: Integration vor Ort. <https://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/integration/integration-vor-ort.asp>

Dies steht im Einklang mit sämtlichen Empfehlungen, die auf europäischer Ebene und von diversen wissenschaftlichen Institutionen ausgearbeitet wurden. So empfehlen etwa die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OWZE⁶, 2018) oder Bertelsmann-Stiftung (2005)⁷ bereits in der Planung von Integrationsstrategien ein breites Spektrum an Akteuren miteinzubeziehen. Weiters wird auch die koordinierende Rolle der Gemeindeverwaltung in der Planung, Umsetzung und Vernetzung der Akteure hervorgehoben, die eng gekoppelt an politische Verbindlichkeiten und Verantwortung ist und partiübergreifend wahrgenommen wird.

Dies wurde seit 2015 auch in Südtirol angestrebt. Mittels eines von der KOI mit Landesrat Philipp Achammer organisierten von Bürgerinnen und Bürgern aktiv gestalteten Prozesses wurde eine gemeinsame Integrationsvereinbarung ausgearbeitet, die gesellschaftlich getragene Grundsätze und Leitziele definiert, um das Zusammenleben in Vielfalt zu ermöglichen und den Rahmen für die weitere Integrationsarbeit in Südtirol festlegt⁸. Allerdings sind sich laut Interviews nicht alle Integrationsbeauftragte der Südtiroler Gemeinden dieser Integrationsvereinbarung bewusst und das Dokument wird vor Ort generell nicht als Grundlage für Aktivitäten und Strategien verwendet.

Zweitens findet gemäß Definition der KOI die Integrationsarbeit im Rahmen von Projekten und mittels gezielter Maßnahmen statt. Seit 2019 konnten dadurch 29 Projekte umgesetzt werden, welche Momente des gegenseitigen Kennenlernens schaffen konnten und zumindest einen Teil der Bevölkerung für das Thema „Integration und Zusammenleben“ sensibilisierten.⁹ Diese punktuelle, projektbasierte und bereichsspezifische Herangehensweise müsste allerdings von einer langfristigen, bereichsumfassenden und auf die gesamte Bevölkerung ausgerichtete Entwicklung von Politiken begleitet werden, die über die aktuelle Lösung eines konkreten Anlasses oder eines Problems hinausgehen und eine nachhaltige, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde und die soziale Kohäsion in der Bevölkerung anstreben. Dies wird z.B. von der OWZE anhand der Erstellung von langfristigen Integrationsplänen und der Institutionalisierung von Netzwerken und Koordinierungsmaßnahmen gefordert. Das Fehlen solch einer langfristigen Integrationsstrategie in Südtirol sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene stellt wohl das größte Versäumnis dar, welches es gilt, in der bevorstehenden Legislaturperiode zu beheben. Gleichzeitig ist zu betonen, dass eine langfristige und kohärente Planung auf mehreren Wegen zu erreichen ist, und die KOI aktuell auf „Haltung, Sensibilisieren und Netzwerkarbeit“ setzt, sodass aus „dieser Haltung Maßnahmen entstehen“. Im folgenden Teil der Studie beleuchten wir die „Integrationspolitik vor Ort“ in Südtirol in drei Themenblöcke, die die Zielsetzungen der KOI aufgreifen, und untersuchen, inwiefern die Gemeinden diese Ziele verfolgen bzw. erreichen:

⁶ OECD, Working Together for Local Integration of Migrants and Refugees, 2018.

⁷ Bertelsmann Stiftung, Zehn Handlungsempfehlungen. Erfolgsfaktoren für Kommunale Integrationspolitik, 2005

⁸ Koordinierungsstelle Integration: Wir vereinbaren Integration, https://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/integration/downloads/integrationsvereinbarung_broschure_D_web.pdf.

⁹ In folgenden Gemeinden bzw. Bezirksgemeinschaften wurden von der KOI finanzierte Projekte umgesetzt: Bozen, Brixen, Mühlbach, Neumarkt, Niederdorf, Salurn, BZG Wipptal, BZG Pustertal, BZG Eisacktal, BZG Vinschgau.

1. Die Institutionalisierung des Themas innerhalb einer Gemeinde anhand der Schaffung von relevanten Zuständigkeitsbereichen oder Arbeitsgruppen, anhand der Entwicklung von bereichsübergreifenden und längerfristigen Konzepten und Strategien, und anhand der Zuweisung eines angemessenen Budgets zur Umsetzung derselben
2. Die Annäherung an das Thema Integration mittels Projekte und anderen zeitlich oder im Wirkungsbereich eingeschränkten Maßnahmen
3. Die Netzwerkarbeit der Gemeinden mit integrationsrelevanten Akteuren inner- und außerhalb der Gemeinde, mit besonderem Fokus auf die Zusammenarbeit der Gemeinden mit der KOI.

2.1. INSTITUTIONALISIERUNG VON INTEGRATION IN DER GEMEINDE

Die Institutionalisierung des Themas Integration innerhalb einer Gemeinde kann durch Schaffen von Zuständigkeiten oder auch Arbeitsgruppen und Beiräten, der Zuweisung eines Budgets, der Entwicklung von Integrationsplänen und –konzepten, sowie konkreten Umsetzungsplänen forciert werden. Wichtig ist diese Institutionalisierung, um Strukturen und Prozesse zu schaffen, welche unabhängig vom Enthusiasmus und dem Einsatz einzelner Personen mittel- und langfristig das Zusammenleben in dem Gemeinden planen und gestalten.

2.1.1. Die Rolle des Integrationsreferenten/der Integrationsreferentin

Das Landesgesetz zur Integration der Autonomen Provinz Bozen legt fest, dass jede Gemeinde einen Zuständigen bzw. eine Zuständige für die Integration von Personen mit Migrationshintergrund haben muss (Nr. 12 vom 28.10.2011, Art. 3.3). Allerdings kann jede Gemeinde selbst entscheiden, ob dies eine Person des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates oder evtl. auch eine von außen berufene Person ist. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass 71 der 72 befragten Gemeinden zwischen 2011 und 2023 einen Integrationsreferenten bzw. eine Integrationsreferentin ernannt haben. Unabhängig von der Umfrage liegt der KOI ein Verzeichnis vor, das in jeder der 116 Südtiroler Gemeinden eine Integrationsreferentin oder einen -referenten listet. Allerdings sind nicht alle Referentinnen und Referenten gleichermaßen aktiv und am Thema interessiert, was sich daran zeigt, dass einige wenige der zuständigen Referenten und Referentinnen noch nie Kontakt mit der KOI aufgenommen haben und weder die von der KOI organisierte Netzwerktreffen besuchen noch um eine Finanzierung oder Unterstützung von integrationsrelevanten Projekten oder Maßnahmen in den Gemeinden angesucht haben.

Die Aufgaben der Integrationsbeauftragten sind im Südtiroler Integrationsgesetz sehr weit gefasst und weisen einerseits auf deren koordinierende Rolle hin („zur besseren Koordinierung der Maßnahmen auf Landesebene und der Bedürfnisse und Initiativen im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Gebietskörperschaften“ - Art. 3.3). Andererseits wird festgelegt,

dass die Zuständigen sich „mit den Fragen der Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger zu befassen“ haben (Art. 3.3). Die KOI hat diese Aufgaben auf ihrer Homepage präzisiert, und wie folgt definiert:

Die Integrationsreferenten der Gemeinden haben folgende Aufgaben:

- *Kontakt mit Migranten aufnehmen und ihnen erklären, welche Dienstleistungen von der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung angeboten werden und welche Rechte und Pflichten alle Bürger und alle Bürgerinnen haben*
- *ein Netzwerk zwischen Verbänden, Institutionen und einzelnen Akteuren vor Ort schaffen und diese koordinieren*
- *Veranstaltungen und Prozesse auf lokaler Ebene zugunsten der Inklusion zu fördern, auch durch das oben erwähnte Netzwerk*
- *der Kommunikation besondere Aufmerksamkeit schenken: sie muss integrativ sein*

Rund drei Viertel der Integrationsbeauftragten, die am Fragebogen teilgenommen haben (52 von 71) geben an, der Rolle des Integrationsbeauftragten vollkommen oder eher schon gerecht zu werden, während ein Viertel (19 von 71) angeben, der Rolle eher nicht oder überhaupt nicht gerecht zu werden.

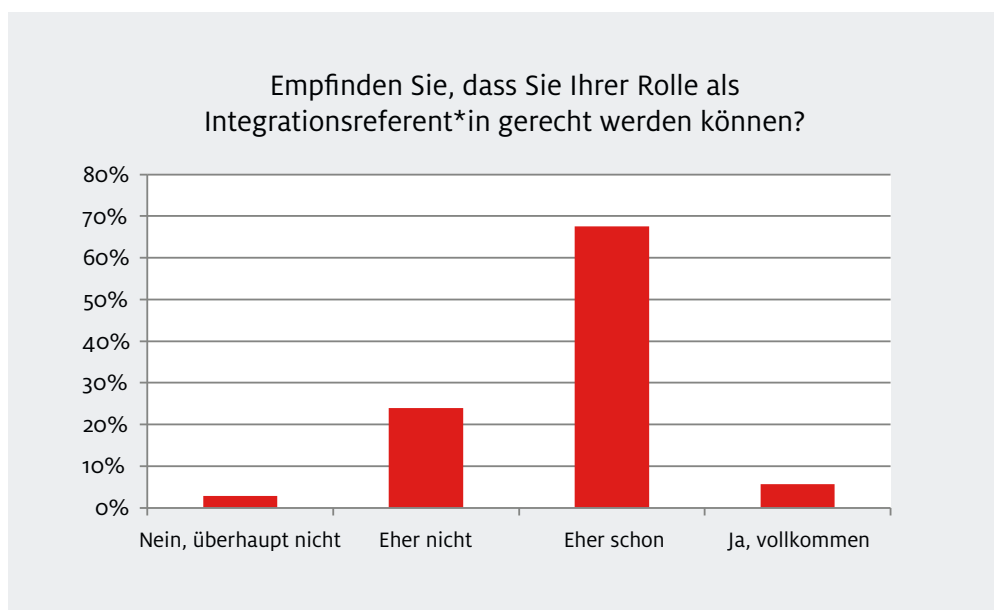


Abb. 6: Wahrnehmung der eigenen Rolle als Integrationsbeauftragte/r

In den Interviews wurde die Frage vertieft, inwiefern sich die Integrationsbeauftragten ihrer Rolle gewachsen fühlen. Mehrfach betont wurde, dass besonders neue Integrationsbeauftragte sich oft überfordert und schlecht vorbereitet fühlten, besonders wenn sie nicht bereits beruflich oder privat mit dem Thema vertraut waren. Bis man sich mit Gesetzen und Bestimmungen zu Aufenthaltsgenehmigungen, Staatsbürgerschaft, Kriterien für Beihilfen usw. auskenne, vergehen oft Monate. Weiters sei man als Integrationsbeauftragte oft mit den Forderungen, Ängsten und Emotionen von Bürgern und Bürgerinnen konfrontiert, mit denen man erst lernen müsse, umzugehen. Den Umgang mit den Sorgen und Bedürfnissen von Personen, die der deutschen oder italienischen Sprache oft nicht mächtig sind, einerseits und fremdenfeindlichen Äußerungen andererseits müsse man auch erst lernen. Laut einer interviewten Person:

Der normale Gemeindereferent kommt, wird reingeschmissen und macht alles... Integrationsreferenten sind zuständig für Familie, Soziales, Kindergarten und dazu bekommt man halt noch die Integration, weil man so „sozial“ ist. Wie sollen sie da tun? In einer größeren Gemeinde ist das vielleicht anders, aber der Großteil sind ja kleine Gemeinden, die haben kein Personal, welches sich um Integration kümmern kann und die Referenten sind überfordert und es passiert dann das, was passiert.

Einige Befragte deuteten auch an, dass der Zuständigkeitsbereich der Integration und Migration für Viele eine politisch gesehen heiße Kartoffel sei, die zwar viel Arbeit – und auch Erfolgsmomente – mit sich bringe, aber nur wenige Wählerstimmen. Auch die Unterstützung durch die Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat fehle manchmal, sodass sich manche als Einzelkämpfer bzw. -kämpferinnen fühlten. Charakteristisch für die interviewten Personen war gewiss der hohe Grad an Motivation und Enthusiasmus, ohne den man nur wenig bewegen kann:

Die Arbeit, die ich zum Thema [Integration] gemacht habe, kam aus Eigenmotivation. Es gab kein Team ... es wird nichts investiert an Ideen, Zeit und Ressourcen. Keine Stabstelle, keine Funktion. Es ist so leger... Wenn ich [...] in Pension gehe, dann ist das weg.

Gleichzeitig gab eine Person an, über die Jahre hinweg den Enthusiasmus aufgrund fehlender Unterstützung und wachsendem Widerstand verloren zu haben und somit nur noch das Notwendigste mache.

*Ich habe die letzten Jahre aufgegeben, als ich gemerkt habe, es gibt keine Ressourcen, keine Gelder, [...] das Thema Integration geht ihnen am A**** vorbei.*

Die Notwendigkeit, die Figur der Integrationsbeauftragten zu stärken - sei es durch mehr Wertschätzung, einer engeren und institutionalisierten Einbindung in die Abläufe und Prozesse der Gemeinden bzw. der Bezirksgemeinschaften - und einer besseren Vorbereitung auf ihre Funktion bzw. Begleitung von neuen Integrationsbeauftragten wird durch diese Aussagen klar unterstrichen.

2.1.2. Budget

Während so gut wie alle Gemeinden Südtirols einen Integrationsreferenten oder eine Integrationsreferentin ernannt haben wie durch das Integrationsgesetz vorgegeben, gestaltet sich deren finanzielle Ausstattung unterschiedlich.

Die Ergebnisse des Fragebogens zeigen, dass es nur in 13 von 72 Gemeinden ein eigenes Budget für integrationsrelevante Tätigkeiten gibt, wobei 3 dieser 13 Gemeinden gleichzeitig auch angeben, dass das zur Verfügung gestellte Budget nur zum Teil ausreichend ist. Hier handelt es sich um Gemeinden, die einen Migrationsanteil von über 10% haben.

Die Umfrage (siehe Abb. 3) zeigt, dass größere Gemeinden, die zudem einen Anteil an Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft von mehr als 5% haben, eher ein eigenes Budget für Integrationsmaßnahmen haben als kleine Gemeinden mit einem geringen Anteil an Personen mit Migrationsanteil. Der Großteil (8 von 13 Gemeinden) gibt an, dass das Budget die Anfragen in diesem Bereich abdeckt. Fünf Gemeinde geben an, dass es nur zum Teil die Anfragen deckt.

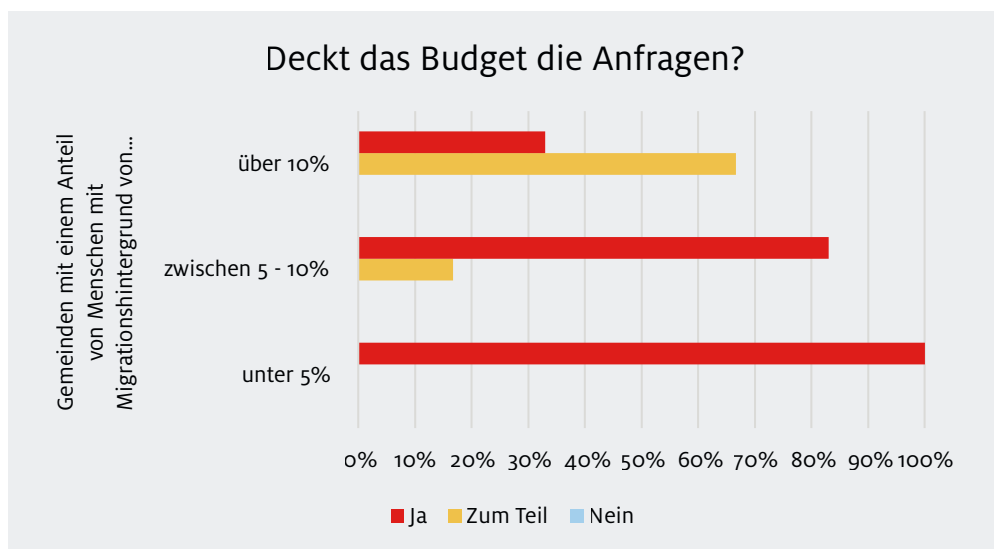


Abb. 7: Budget für das Politikfeld Integration

Auf die Frage, ob ein größeres Budget wichtig für die bessere Ausübung der Rolle als Integrationsbeauftragte bzw. Integrationsbeauftragte wäre, geben 19 Gemeinden an, dass dies „eher“ oder „sehr wichtig“ sein würde. Die restlichen 28 Gemeinden geben an, dass ein größeres Budget nicht von Relevanz sei. Diese Aussage kann unterschiedlich interpretiert werden. Nicht immer ist ein separates, den Integrationsbeauftragten zugewiesenes Budget notwendig. Da Integrationsarbeit oft eine Querschnittsmaterie sei, finden sich laut Interviews so gut wie immer finanzielle Ressourcen, um kleinere Aktivitäten zu organisieren.

Die von der KOI zur Verfügung gestellte Projektfinanzierung sei eine zusätzliche Finanzierungsquelle. Gleichzeitig kann das Fehlen eines ausgewiesenen Budgets für Integrationsaktivitäten auch signalisieren, dass das Thema innerhalb der Gemeinde nicht wichtig genommen wird bzw. der Integrationsbeauftragte sich nicht für ein eigenes Budget stark macht (bzw. machen kann). Weiters kann die Angabe, kein größeres Budget zu brauchen einerseits einem fehlenden Bedarf entsprechen, andererseits aber auch einer fehlenden Motivation, Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich Integration umzusetzen. Grundsätzlich kann aber gesagt werden, dass die finanzielle Ausstattung eines Politikbereichs diesem ein größeres Gewicht verleiht und gleichzeitig die Ausübung der Aufgaben eines Integrationsbeauftragten natürlich erleichtert bzw. einen Motivationsschub verleihen kann. Zur langfristigen Institutionalisierung des Politikfelds Integration ist ein ausgewiesenes Budget also gewiss sinnvoll.

2.1.3. Andere Organe zur Förderung von Integration vor Ort

Der Integrationsprozess auf Gemeindeebene kann auch durch die Gründung eines Integrationsbeirates vorangetrieben werden. Diesbezüglich sieht das Landesintegrationsgesetz Nr. 12/2011 vor, dass in den Gemeinden und Bezirksgemeinschaften die Gründung von Beiräten gefördert wird. Diese Integrationsbeiräte fungieren in erster Linie als beratendes Organ und können den verschiedenen Gremien Gutachten, Stellungnahmen und Vorschläge unterbreiten. Außerdem wirken sie vor Ort als Impulsgeber zur Gestaltung der Integration, pflegen die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Verbänden/Vereinen der Dorfgemeinschaft und unterstützen Projekte.

Diese Gremien unterstützen die Integrationsbeauftragten in ihrer Arbeit und tragen dadurch maßgeblich zur institutionellen Verankerung des Themas Integration innerhalb der Gemeinde teil. Bisher haben verschiedene Südtiroler Gemeinden einen Integrationsbeirat einberufen, einige davon als Teil eines partizipativen Prozesses zur Ausarbeitung eines Aktionsplans für Integration, welcher u.a. in Brixen, St. Lorenzen und Bruneck stattfand. Weitere Gemeinden haben informellere Arbeitsgruppen eingesetzt, welche sich mit migrations- oder integrationsbezogenen Themen auseinandersetzen. So geben 14 der befragten Gemeinden an, entweder einen Beirat für Integration und Migration oder eine Arbeitsgruppe zu Inklusion und Integration eingesetzt zu haben (Algund, Auer, Brenner, Bozen, Bruneck, Brixen, Latsch, Meran, Olang, Salurn, St. Lorenzen, St. Ulrich, Villanders, Welschnofen). Die Zusammensetzung der Gremien unterscheidet sich dabei zwischen den Gemeinden. Generell nehmen politische Vertreter und Vertreterinnen, der Sozialsprengel, Vertreter und Vertreterinnen von Vereinen sowie Privatpersonen teil, sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund.

Laut Interviewaussagen spielen die Integrationsbeiräte bzw. Arbeitsgruppen dort, wo sie bestehen, eine wichtige Rolle und übernehmen oft Aufgaben der Integrationsbeauftragten wie etwa das Organisieren von Veranstaltungen:

[Der Beirat] ist ganz wichtig, dass es jemanden gibt, der wirklich koordiniert [...] Wir machen ein Picknick und das Fest der Kulturen, jeder nimmt etwas mit. Wir sind sehr gut vernetzt im Tal und kennen die Leute. Das ist toll und das können wir nutzen.

Dadurch wird nicht nur die Figur des Integrationsbeauftragten entlastet. Die Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure, auch jener mit Migrationshintergrund, die grundsätzlich weniger an der Gemeindepolitik teilnehmen, bringt neue Perspektiven und fördert die Motivation, Angebote und Maßnahmen im Bereich Integration zu lancieren. Die Förderung solcher unterstützender und beratender Organe sollte daher ein wichtiges Ziel sein.

2.1.4. Entwicklung von Integrationsstrategien

Neben dem Aufbau, der Institutionalisierung und Finanzierung von Gremien und Strukturen stellt eine langfristige Planung und die Entwicklung bereichsübergreifender und auf die gesamte Bevölkerung zugeschnittener Integrationsstrategien einen wichtigen Schritt zur langfristigen Verankerung der Integrationsarbeit vor Ort – über die einzelnen Legislaturperioden hinaus – dar.

Von den 72 befragten Gemeinden geben 9 an, eine Integrationsstrategie bzw. einen Integrationsleitfaden zu haben. 63 Gemeinden geben an, kein eigenes Leitbild oder keinen Strategieplan zum Thema zu haben. Wie **Abb. 8** zeigt, antworten auf die Frage, ob die Ausarbeitung eines derartigen Planes in den kommenden fünf Jahren geplant ist, 6 Gemeinden mit Ja und 58 mit Nein. Somit ist bei der Mehrheit der befragten Gemeinden kein Integrationskonzept in Planung. Bei den Gemeinden, in welchen ein Integrationskonzept geplant ist, handelt es sich vorwiegend um Gemeinden mit einem Migrationsanteil von 5 oder mehr Prozent (5 von 6). Es zeigt sich aber auch, dass eine Gemeinde mit einem Migrationsanteil von unter fünf Prozent die Erstellung eines Leitbilds plant. Für sechs Gemeinden gehört die Erstellung eines Integrationskonzepts/-programms zu den Prioritäten der nächsten Jahre.

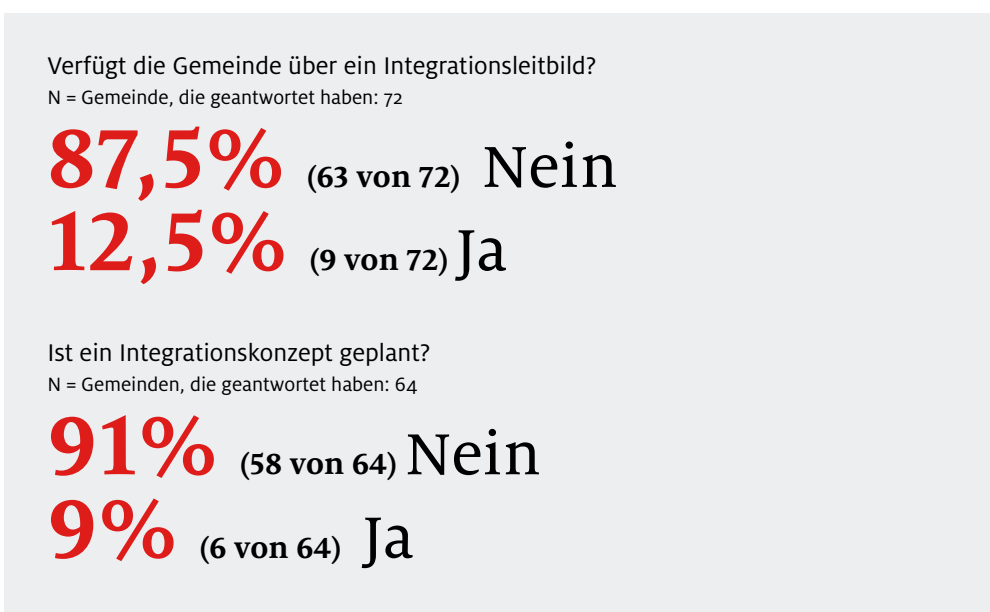


Abb. 8: Integrationsleitbilder in Südtiroler Gemeinden

8 der 15 Gemeinden, in denen es bereits ein Integrationskonzept gibt bzw. die Ausarbeitung geplant ist, geben an, dass die in der Gemeinde ansässigen Personen mit Migrationshintergrund an der Ausarbeitung des Konzepts beteiligt sind. In 7 Gemeinden ist die gesamte in der Gemeinde wohnhafte Bevölkerung beteiligt. Weitere zentrale Akteure in der Ausarbeitung sind der Gemeinderat, interkulturelle Mediatoren und Mediatorinnen und die Koordinierungsstelle für Integration.

Mit der Ausarbeitung eines Integrationskonzeptes einher geht die Festlegung von Prioritäten. Im Bereich der Integration haben Gemeinden ganz unterschiedliche Prioritäten, die auf die unterschiedlichen Herausforderungen in den Gemeinden reagieren. Als wichtiges Thema für eine große Anzahl an Gemeinden wird die Sensibilisierung der gesamten Bevölkerung genannt, gefolgt von der Stärkung der Netzwerkarbeit, sowie der Teilnahme an Projekten im Bereich Integration (s. Abb. 9). Zudem nennen Gemeinden die Organisation von Veranstaltungen, Festen oder gemeinsamen Freizeitaktivitäten, sowie von Sprach- und Kulturkursen.

	ÜBERHAUPT NICHT WICHTIG	EHER NICHT WICHTIG	EHER WICHTIG	SEHR WICHTIG	GESAMT
Sensibilisierung der gesamten Bevölkerung	0 % 0	11 % 8	55 % 39	34 % 24	71
Stärkung der Netzwerkarbeit	1 % 1	16 % 11	53 % 37	30 % 21	70
Organisation von Veranstaltungen im Bereich Integration	1 % 1	44 % 30	38 % 26	17 % 12	69
Teilnahme an Projekten im Bereich Integration	0 % 0	31 % 22	54 % 38	15 % 11	71
Ausarbeitung bzw. Weiterentwicklung/Überarbeitung des Integrationskonzepts	1 % 1	40 % 28	49 % 34	10 % 7	70

Abb. 9: Prioritäten der Gemeinden

2.1.5. Fazit

Allgemein kann gesagt werden, dass das Gelingen von Integration vor Ort aktuell noch sehr personenbezogen und vom jeweiligen Integrationsbeauftragten abhängig ist: Fällt diese Person weg, fehlt plötzlich sehr viel Wissen, Kontakte und Visionen. Auch daher ist die Institutionalisierung von Integration vor Ort durch den Einsatz von Gremien, der Ausarbeitung von Strategien, der langfristigen Planung – weg von der Person und hin zur Struktur – von größter Wichtigkeit. Während Gemeinden hier selbst aktiv werden können und müssen, muss derselbe Prozess gleichzeitig auch auf Landesebene stattfinden: Das Fehlen eines

Mehrjahresplans sowie die nur mit limitierten Ressourcen ausgestattete KOI bremsen eine wirkliche Institutionalisierung der Integrationspolitik in Südtirol. Aus der Studie geht zudem hervor, dass ein höheres Budget nicht automatisch zu mehr bzw. zu intensiveren integrationsrelevanten Aktivitäten in den Gemeinden oder Bezirksgemeinschaften führt. Dennoch ist ein ausgewiesenes Budget sinnvoll, da es dem Thema Integration ein gewisses Gewicht innerhalb des Verwaltungsapparats und der Politik verleiht.

2.2. DIENSTLEISTUNGEN, MASSNAHMEN UND PROJEKTE IM BEREICH INTEGRATION

Als zweite Aufgabe der Integrationsarbeit vor Ort nennt die KOI das Fördern von „Veranstaltungen und Prozessen auf lokaler Ebene zugunsten der Inklusion“.

2.2.1. Initiativen und Veranstaltungen

Die Südtiroler Gemeinden bieten eine Vielzahl von Dienstleistungen und Angebote, die das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund fördern sollen. Beispielsweise organisieren Gemeinden Informationsveranstaltungen zum Thema Diversität und Zusammenleben für die gesamte Bevölkerung, Angebote zur Lese- und Sprachförderung, Bücher in verschiedenen Sprachen in der Gemeindebibliothek (neben Deutsch, Italienisch, Ladinisch und Englisch). Wie aus der Umfrage hervorgeht, bieten 62 der 72 befragten Gemeinden eine oder mehrere solcher Dienstleistungen an, oder haben auf die Bedürfnisse der Gemeindebevölkerung maßgeschneiderte Initiativen entwickelt.

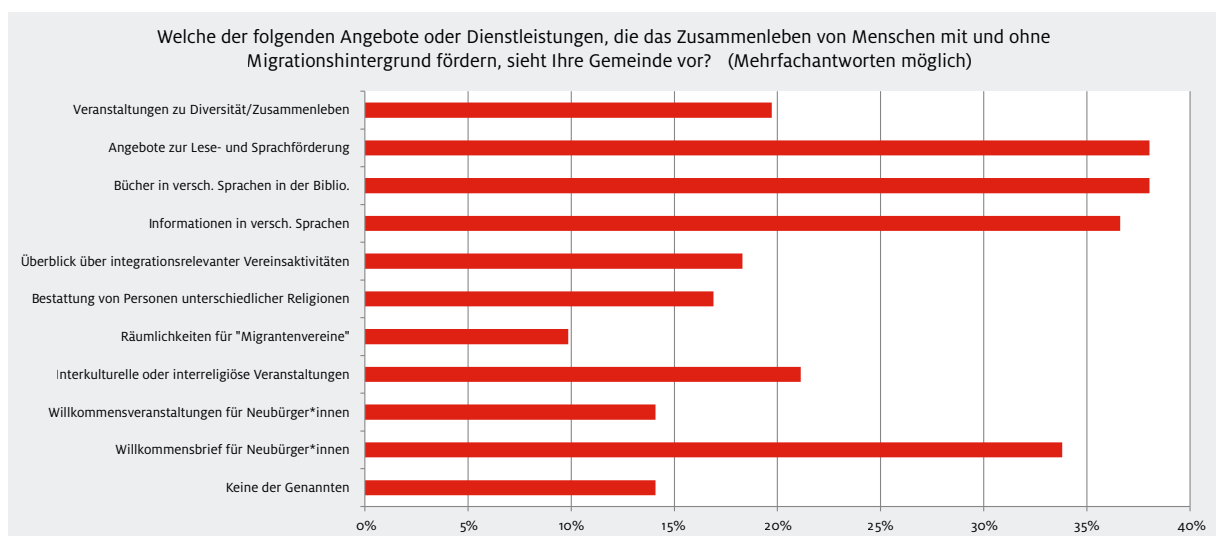


Abb. 10: Überblick über die von den Gemeinden organisierten Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund bzw. die Initiativen zur Förderung des Zusammenlebens

2.2.2. Drittmittelfinanzierte Projekte

Zusätzlich sind die Gemeinden aktiv in der Durchführung von drittmittelfinanzierten Projekten, welche die Integration von Personen mit Migrationshintergrund fördern. Von den 72 befragten Gemeinden haben 17 Gemeinden unterschiedlicher Größe angegeben, in den vergangenen fünf Jahren Drittmittelprojekte durchgeführt zu haben. 11 dieser Gemeinden haben einen Anteil von Migranten und Migrantinnen zwischen 5-10%, und 6 Gemeinden haben einen Anteil von über 10%. In 14 der 17 Gemeinden, die ein drittmittelfinanziertes Projekt durchgeführt haben, leben zudem Asylsuchende.

Die Hauptfinanzierungsschiene der Projekte im Bereich Integration ist dabei die finanzielle Förderung von Maßnahmen und Projekten im Bereich der Integration, welche die KOI interessierten Gemeinden, Bezirksgemeinschaften und Vereinen zur Verfügung stellt. 12 der 17 Gemeinde, welche ein drittmittelfinanziertes Projekt durchgeführt haben, geben an, dass die Finanzierung im Rahmen der Förderung von Kleinprojekten zur Integration der KOI erfolgte. Verschiedene dieser Gemeinden erhielten wiederholt Drittmittel durch die KOI. Die dadurch finanzierten Projekte kleiner und mittlerer Dimension umfassen dabei Initiativen des interkulturellen Austauschs bis hin zu Migrantenberatungsstellen.

Weitere Gemeinden erhielten in den vergangenen 5 Jahren Förderungen durch die staatlichen SAI- Programme zur Aufnahme von Asylsuchenden, und jeweils eine Gemeinde über den ESF, den lokalen Bildungsausschuss oder die Bezirksgemeinschaft. Von den Gemeinden, die an dieser Umfrage teilgenommen haben, geben 8 an, in Zukunft an einem drittmittelfinanzierten Projekt teilnehmen zu wollen, während 33 der Gemeinden angeben, keines zu planen; 31 geben an, es nicht zu wissen.

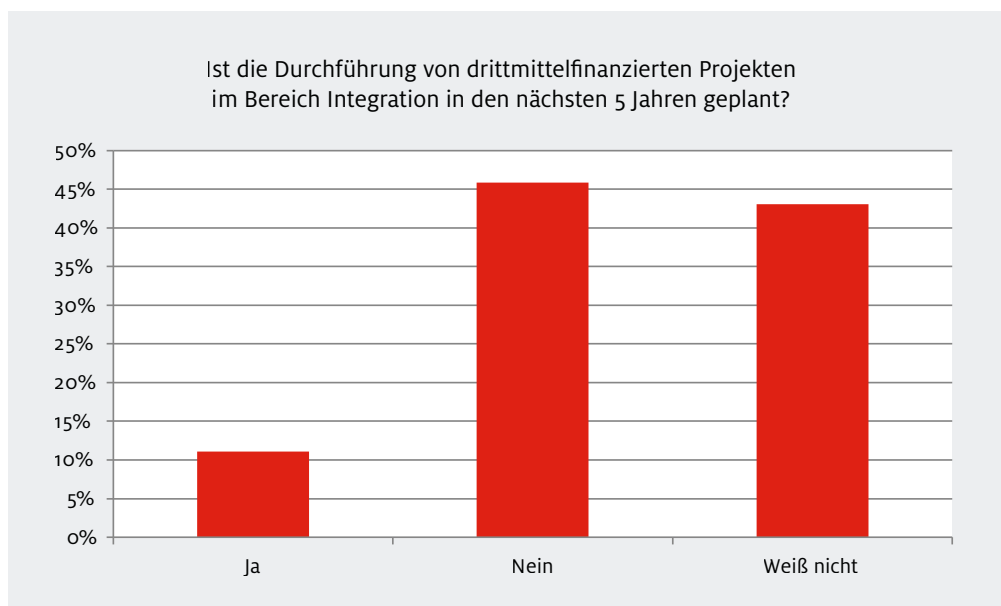


Abb. 11: Durchführung drittmittelfinanzierter Projekte

Während im Fragebogen die Aussage bzgl. fehlenden Bedarfs nicht weiters definiert wurde, gaben die Interviews Aufschluss: So gibt es in einigen Gemeinden bereits eine Vielzahl von Akteuren und Initiativen im Bereich Integration, sodass es nicht unbedingt Drittmittel brauche. Gleichzeitig betonten Integrationsbeauftragte anderer Gemeinden bzw. von Bezirksgemeinschaften die potentielle Kurzsichtigkeit ihrer Kollegen und Kolleginnen: Auch wenn eine Gemeinde derzeit wenig Bedarf zu haben scheint, wird sich dies angesichts der wachsenden Heterogenität der Bevölkerung auch in kleineren Gemeinden bald ändern. Die Teilnahme an drittmittelfinanzierten Projekten, die oft den Austausch mit anderen Gemeinden und Akteuren außerhalb der Gemeindegrenzen voraussetzen, sei zwar oft zeitintensiv, für die langfristige Integrationsarbeit aber sehr fruchtvoll:

Die Projekte beanspruchen sehr viel Zeit aber sie bringen auch viel: neue Ressourcen, natürlich, aber auch neue Ideen, neue Netzwerke, neue Motivation.

Abb. 12 zeigt die Bedingungen auf, unter welchen die Gemeinden an Projekten teilnehmen würden. Insbesondere wird die Netzwerkarbeit betont, da eine Miteinbeziehung und Unterstützung unterschiedlicher Akteure ausschlaggebend für eine weitere Durchführung von Projekten im Bereich Integration sei, sei es auf Ebene der Bezirksgemeinschaften als auch diverser Abteilungen der Landesverwaltung. Der Gemeinde selbst fehle oft das nötige Knowhow.

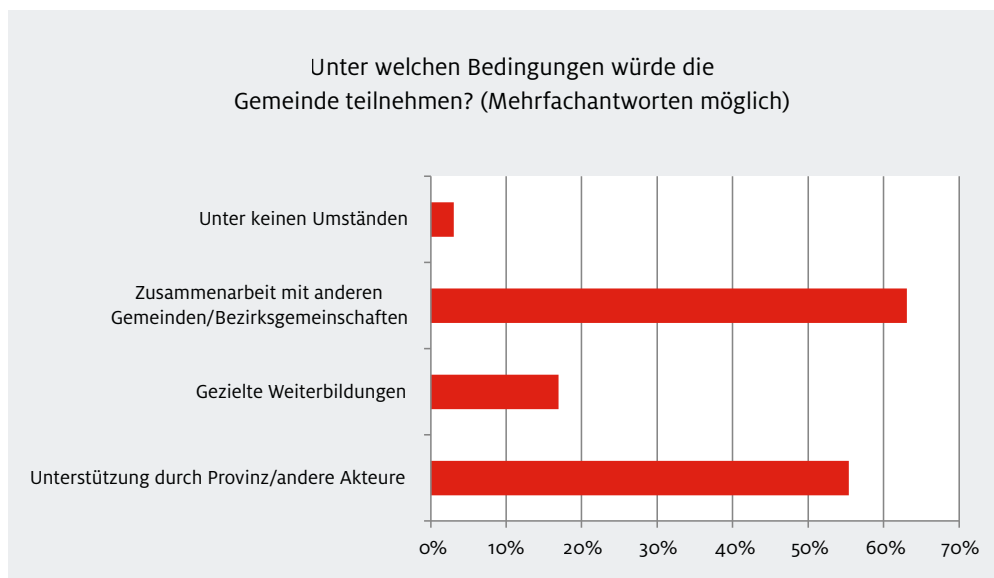


Abb. 12: Bedingungen für die Durchführung von Projekten

2.2.3. Fokus SPRAR/SIPROIMI/SAI: Beispiel für die Notwendigkeit der Vernetzung

Aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Relevanz der Flüchtlingsfrage werfen wir nun einen genaueren Blick auf die Teilnahme von Gemeinden am staatlichen SPRAR/SIPROIMI/SAI-Programm zur Aufnahme und Inklusion von Asylsuchenden. 39 Gemeinden geben an, dass sie in den vergangenen Jahren an SPRAR/SIPROIMI/SAI Programmen teilgenommen haben, und dadurch Asylsuchende in der Gemeinde untergebracht wurden. Die Mehrheit dieser Gemeinden (33 von 39) hat positive Erfahrungen mit den Projekten gesammelt und bewertet die Erfahrung als „eher gut“ bis „sehr gut“.

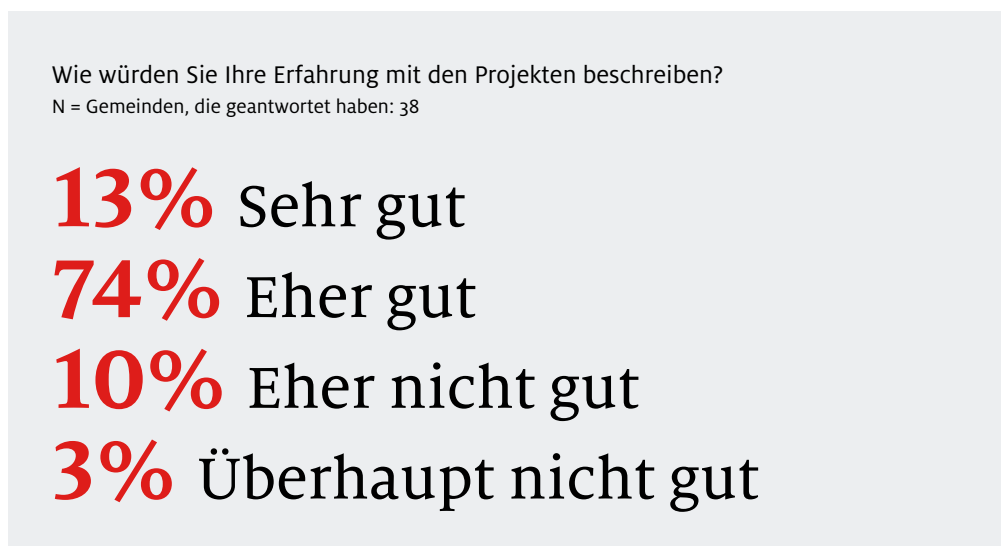


Abb. 13: Wie würden Sie die Erfahrung mit den Projekten insgesamt beschreiben?

55% der Gemeinden, die ein solches Projekt durchgeführt haben, würden wieder an einem solchen Projekt teilnehmen. Nur zwei der befragten Gemeinden schließen eine weitere Teilnahme aus. Aus den vertiefenden Interviews ging hervor, dass dies u.a. auf eine schlechte Zusammenarbeit mit den Trägerorganisationen der Asylunterkünften sowie auf einen schlechten Informationsfluss mit dem für Asylangelegenheiten zuständigen Landesamt für Soziales zurückzuführen sei:

Von der ganzen Organisation war ich enttäuscht. Wenn sie nicht wollen, dass sich die Gemeinde einmische, dann mische ich mich nicht mehr ein. Aber es geht auch nicht, dass ich nur geholt werde, wenn sie mich brauchen. Also mir hat es nicht gefallen, wie es gemacht wurde. Vielleicht war bei uns einfach die Zusammenarbeit nicht so gut, ich weiß es nicht.

Gleichzeitig wurde aber betont, dass das SAI-Programm den Gemeinden bzw. Bezirksgemeinschaften relativ viel Gestaltungsfreiraum gebe und die Projektressourcen die Projektressourcen gute Integrationsarbeit ermöglichen:

Wir hatten dieses SPRAR-Projekt, wir hatten viele Ressourcen und Mitarbeiter. Wir hatten ein Budget von 500.000€, damit konnten wir endlich gut arbeiten.

Für viele Gemeinden bedeuten drittmittelfinanzierte Projekte zusätzliche Ressourcen, die durch das Projekt zur Verfügung gestellt werden bzw. eine Optimierung vorhandener Ressourcen durch Vernetzung und Zusammenarbeit. Sie ermöglichen auch den Austausch von Erfahrungen und Ideen über die Gemeindegrenzen hinaus. Zentral für die Gemeinden ist dabei die Teilnahme als gleichberechtigte Akteure anstatt lediglich als ausführendes Organ von Entscheidungen, die auf Landes- bzw. Staatsebene getroffen wurden.

2.2.4. Fazit

Im Rahmen von Veranstaltungen, punktuellen Maßnahmen und Kleinprojekten bieten so gut wie alle befragten Gemeinden Momente des gemeinsamen Kennenlernens und gegenseitigen Austausches. Der Fokus liegt hier oft auf klassischen multikulturellen Initiativen wie etwa gemeinsamen Kochen, Vorträge über andere Länder und Kulturen oder das Vorführen traditioneller Tänze und Lieder. Einige Gemeinden finden innovativere und „inklusionsbasierte“ Ansätze, die nicht auf das „Andersartige“, sondern das Gemeinsame basieren.

Relativ viele Gemeinden haben auch Erfahrung mit der Teilnahme bzw. der Umsetzung von mehrjährigen, drittmittelfinanzierten Projekten. Besonders relevant sind dabei die finanzielle Förderung von Maßnahmen und Projekten im Bereich der Integration von Seiten der KOI sowie staatliche Förderungen im Bereich der Asylaufnahme. Während erstere allgemeine, oft an die gesamte Gemeindebevölkerung gerichtete Integrationsinitiativen ermöglichen, sind letztere zentral für eine Integration von Asylsuchenden „vor Ort“ unter enger Einbeziehung der Gemeinden bzw. Bezirksgemeinschaften. Drittmittelprojekte basieren generell auf Partnerschaft mit anderen Akteuren, oft außerhalb der Gemeindegrenzen, und generieren dadurch neue Ideen und Erkenntnisse - ein wichtiges Element in der Integrationsarbeit vor Ort, wie im folgenden Teil des Berichts beleuchtet wird.

2.3. NETZWERKSARBEIT INNER- UND AUSSERHALB DER GEMEINDEN

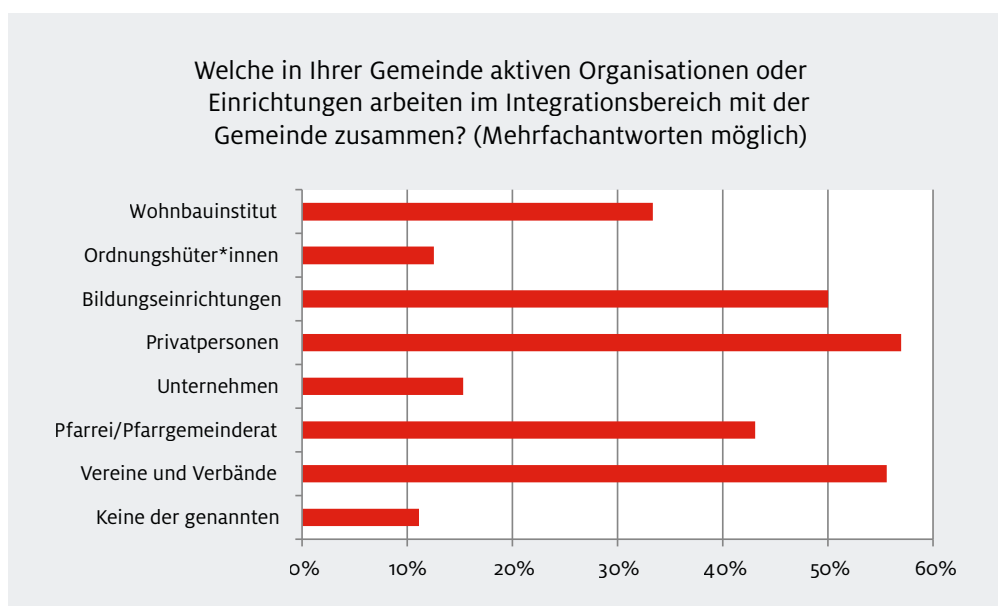
Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Sprachen und Religionen beeinflusst verschiedene Politikfelder der Gemeinde. Für die Planung und Gestaltung des Zusammenlebens in der Gemeinde ist es deshalb nötig, sich der Thematik und ihrer Komplexität innerhalb einer Gemeinde bewusst zu werden, und sich gezielt damit auseinanderzusetzen. Bei der Planung und Umsetzung kann dabei die Zusammenarbeit mit der Gemeindebevölkerung wichtig sein, zudem müssen aber auch relevante Entwicklungen sowie Akteure außerhalb der eigenen Gemeinde wie etwa auf Bezirks-, Provinz- sowie nationaler Ebene beobachtet und aktiv in die eigene Gemeindepolitik eingebettet werden.

Diese Zusammenarbeit mit Vereinen, Institutionen, Organisationen, Privatpersonen und anderen Akteuren innerhalb aber auch außerhalb der eigenen Gemeinde fördert nicht nur den Gedankenaustausch, sondern kann maßgeblich zur Umsetzung von geeigneten Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens in der Gemeinde beitragen. Die Netzwerkarbeit kann daher als Schlüsselaufgabe eines gelungenen Integrationsprozesses definiert werden.

2.3.1. Netzwerkarbeit innerhalb der Gemeinde

Die Umfrage zeigt, dass 89% der Gemeinden (64 von 72) bereits mit Vereinen, dem Pfarrgemeinderat, privaten Unternehmen, Bildungseinrichtungen, den Ordnungskräften oder auch dem Wohnbauinstitut vernetzt sind (siehe Abb. 14). Grundsätzlich gibt es weniger Netzwerke in den kleinen Gemeinden. In 8 kleinen Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von weniger als 3.000 gibt es keinerlei formelle Kooperationen. Aufgrund ihrer Kleinstrukturiertheit sind hier informelle Kontakte häufiger gegeben, deren Formalisierung von Integrationsakteuren manchmal als zweitrangig betrachtet wird, dennoch aber gestärkt werden sollte, um eine längerfristige Planung zu ermöglichen, die über ad-hoc Aktivitäten hinausgeht und auch bei personellen Änderungen weiterbestehen. Dies wird auch von den Gemeinden selbst erkannt: Der Großteil aller Gemeinden – unabhängig von der Einwohnerzahl – sieht die Stärkung von Kooperationen aller Art als wichtig.

Abb. 14: Netzwerke innerhalb der Gemeinde



Neben Privatpersonen, die oft als Freiwillige an Veranstaltungen und Initiativen zur Förderung des Zusammenlebens teilnehmen, zählen Vereine als besonders wichtige Netzwerk-

partner der Integrationsbeauftragten innerhalb der Gemeinde. In 22 Gemeinden gibt es Vereine, die sich spezifisch mit dem Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen beschäftigen. Grundsätzlich zeigt sich, dass solche Vereine vor allem in Gemeinden mit einem Migrationsanteil von mehr als 10% aktiv sind. So gibt es in 70% der Gemeinden (7 von 10) mit einem Migrationsanteil von über 10% Vereine, die sich mit Integration auseinandersetzen. Bei Gemeinden mit einem Migrationsanteil von 5-10% sinkt diese Zahl auf etwa ein Drittel der Gemeinden (13 von 41) während bei Gemeinden mit einem Migrationsanteil von unter 5% der Wert bei 10% liegt (2 von 21).

In 11 der 72 Gemeinden gibt es Vereine, die von Personen mit Migrationshintergrund geführt sind. In 6 dieser Gemeinden leben über 10% Personen mit nicht-italienischer Staatsbürgerschaft, in den restlichen fünf zwischen 5-10%. Es handelt sich dabei vorwiegend um große und mittelgroße Gemeinden, aber auch um eine kleine Gemeinde.

Vereine nehmen verschiedene Rollen in der Integrationsarbeit vor Ort ein. Häufig werden Veranstaltungen wie etwa interkulturelle Feste gemeinsam von Integrationsbeauftragten und Vereinen organisiert. Karitative Vereine helfen in Notsituationen sowohl in der Gemeinde als auch im Ausland. Von Menschen mit Migrationshintergrund geführte Vereine nehmen oft eine Brückenrolle zwischen Institutionen und Familien mit Migrationshintergrund ein und spielen eine äußerst wichtige Rolle in der Vermittlung und Mediation. Gleichzeitig organisieren auch sie Momente der Begegnung und des Kennenlernens und tragen dadurch zum Abbau von Vorurteilen bei.

Indirekte Netzwerkpartner für die Integrationsarbeit könnten auch Gemeindebedienstete mit Migrationshintergrund sein, die durch Sprach- und Kulturkenntnissen aber auch die eigenen Migrationserfahrungen eine Brückenfunktion zwischen Institution und Bevölkerung einnehmen können. Bisher besetzen allerdings noch relativ wenige Personen mit Migrationshintergrund solche Positionen. In 14 Gemeinden arbeiten Personen mit Migrationshintergrund als Angestellte oder als Praktikanten bzw. Praktikantinnen, wobei nicht erfasst wurde, woher diese stammen und in welcher Funktion sie angestellt sind. Die Größe der Gemeinde ist dabei nicht ausschlaggebend: Es handelt sich um fünf kleine, fünf mittelgroße und vier große Gemeinden.

Ähnliche Funktionen können interkulturelle Mediatoren und Mediatorinnen haben. Von den 72 Gemeinden, welche an der Befragung teilgenommen haben, nutzen aber nur 15 die Dienste von interkulturellen Mediatoren und Mediatorinnen. Dazu zählen sowohl Gemeinden mit niedrigem als auch mit höherem Anteil an Personen mit Migrationshintergrund.



Abb. 15: Nutzung der interkulturellen Mediatoren und Kompetenzen innerhalb der eigenen Bevölkerung

2.3.2. Netzwerke außerhalb der Gemeindegrenze

Auch über die eigenen Gemeindegrenzen hinaus besteht oft ein Netzwerk mit anderen, meist benachbarten, Gemeinden und im Bereich Integration tätigen Akteuren wie Volontarius, Caritas oder dem Roten Kreuz (Abb. 16). Große Gemeinden tauschen sich zudem vermehrt mit Gemeinden außerhalb Italiens aus. Keine der befragten Gemeinden tauscht sich allerdings mit Gemeinden in anderen Provinzen Italiens aus.

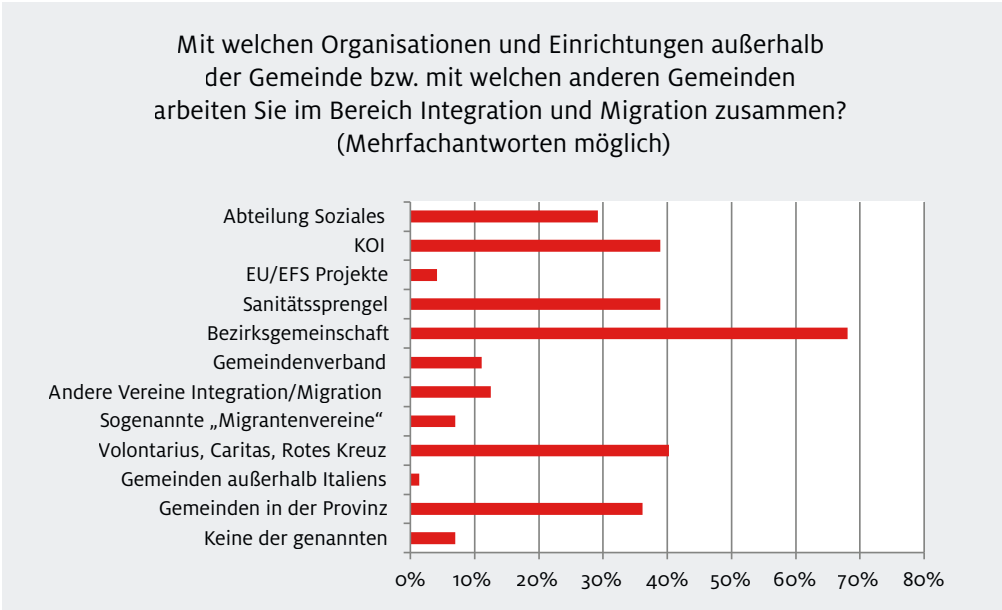


Abb. 16: Netzwerke außerhalb der Gemeinde

2.3.3. Fazit

Die Südtiroler Gemeinden sind sich der Notwendigkeit des Austausches und der Netzwerkarbeit mit anderen integrationsrelevanten Akteuren sehr bewusst. Sie suchen proaktiv Partner bzw. Partnerinnen und außerhalb der Gemeinde, um die Integrationsarbeit vor Ort voranzutreiben, neue Impulse und Ideen zu erhalten und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden. Zusätzlich angestrebt werden könnte hier der Austausch mit Gemeinden in anderen italienischen Regionen: Im Unterschied zu Gemeinden in Österreich, zu denen bereits Kontakt besteht, würde der rechtliche Kontext derselbe sein, und somit eine direkte Übernahme von bereits etablierten Praktiken und Strategien möglich sein. Der Austausch mit anderen Integrationsbeauftragten ist laut Interviews auch sehr wichtig; Momente dafür schaffen die von der KOI organisierten Netzwerktreffen, welche sehr geschätzt werden. Im nächsten Abschnitt wird dieses Angebot der KOI sowie der Kontakt der Gemeinde mit der KOI allgemein näher beleuchtet.

2.4. ZUSAMMENARBEIT MIT DER KOI

Nachdem die Koordinierungsstelle für Integration (KOI) die Schlüsselfunktion in der Förderung der Integrationsarbeit vor Ort und auf Landesebene einnimmt, soll abschließend die Sicht der Gemeinden in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der KOI und deren Angebote näher betrachtet werden.

87% der befragten Gemeinden (63 von 72) bewerten den Austausch mit der KOI als „sehr“ oder „eher wichtig“; insbesondere mittelgroße Gemeinden sowie Gemeinden mit einem Anteil von über 10% an Personen mit Migrationshintergrund schätzen den Austausch und nehmen regelmäßig an den Netzwerktreffen teil.

Die Umfrage zeigt allerdings auch, dass sich 42 von 63 Gemeinden noch mehr Austausch mit der KOI wünschen.

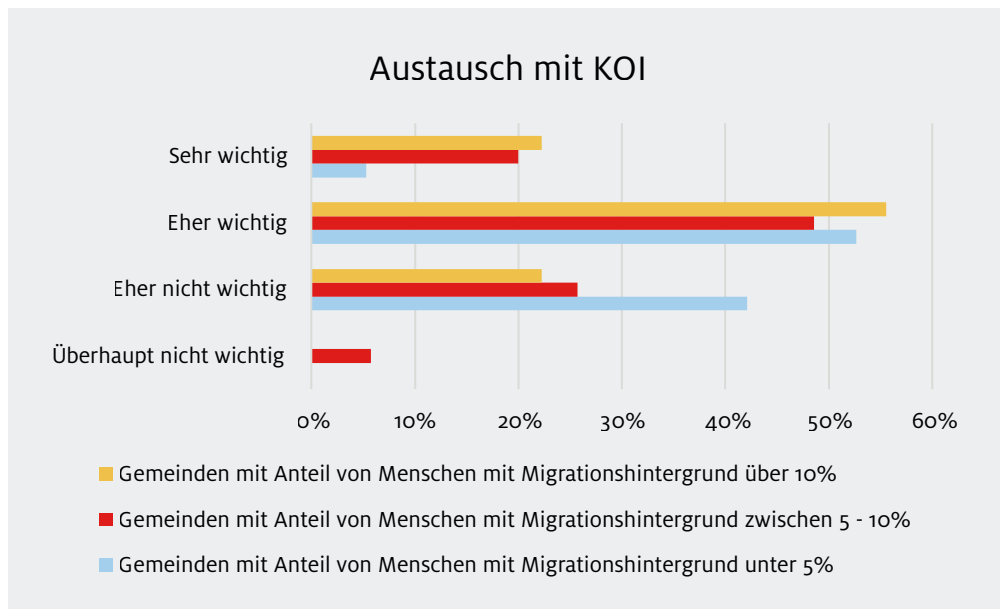


Abb. 17: Austausch zwischen KOI und Gemeinden mit unterschiedlichem Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den letzten 12 Monaten

37% aller Gemeinden (27 von 72) haben in den letzten 12 Monaten Kontakt zur KOI aufgenommen. Als Hauptgrund der Kontaktaufnahme wird das Austauschtreffen der Integrationsbeauftragten auf Bezirksebene genannt, dies nennen sowohl kleine als auch mittelgroße und große Gemeinden als Hauptgrund (s. **Abb.18**). Die Interviews unterstreichen, dass diese Netzwerktreffen sehr gut ankommen und auch weiterhin regelmäßig angeboten werden sollten:

Die Treffen sind sehr nützlich, weil man viele neue Sachen hört und man sieht, was die anderen machen. Und man holt sich dann das raus, was man braucht. Und mir hat das recht gut gefallen.

Gemeinden kontaktieren die KOI auch um Informationen zu erhalten, insbesondere zu den Gesellschafts- und Kulturkursen. Bei großen Gemeinden sowie bei jenen mit einem höheren Migrationsanteil in der Gemeinde ist auch die Einreichung eines Finanzierungsantrags für Integrationsprojekte ein relevanter Grund der Kontaktaufnahme. **Abb. 18** zeigt die Antworten der Gemeinden auf die Frage, aus welchen Gründen sie Kontakt mit der KOI aufgenommen haben.

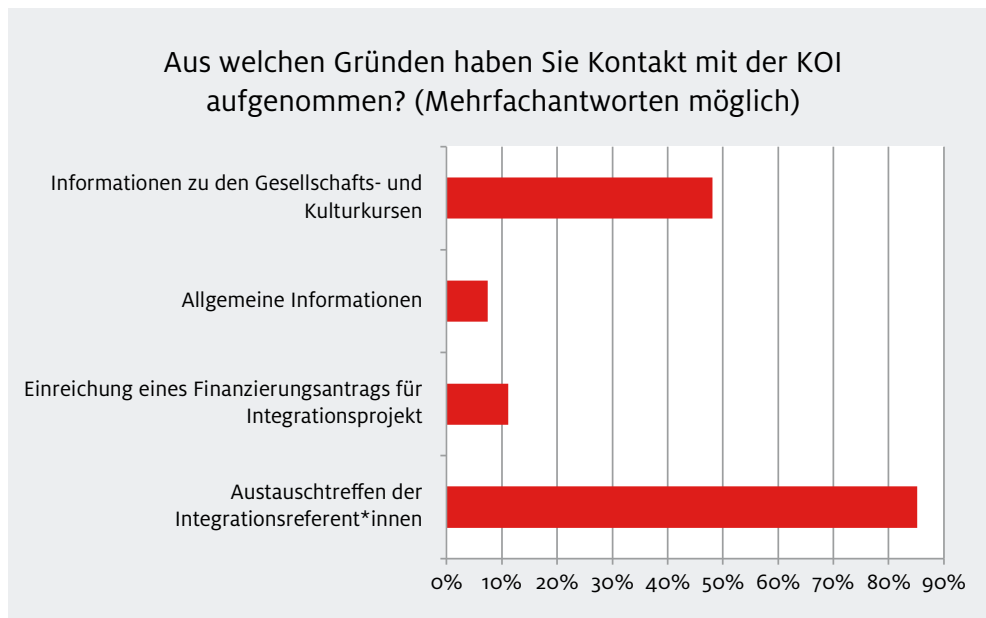


Abb. 18: Gründe für Kontaktaufnahme der Gemeinden mit der KOI

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Netzwerktreffen und dem Austausch würden die Gemeinden folgende Angebote von Seiten der KOI begrüßen:

- Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche sowie bei der Organisation von Sprach- und Kulturkursen
- Mehr Finanzierung für Informationsveranstaltungen
- Verstärkter Einsatz von Kulturmediatoren und -mediatorinnen im Erwachsenenbereich
- Aktualisierte Informationsunterlagen in den wichtigsten Sprachen
- Koordinierung und Organisation von Netzwerktreffen von Gemeinden, Bezirksgemeinschaften, Landesämtern und Vereinen.

Die Interviews sammelten zusätzliches Feedback der Integrationsbeauftragten von Gemeinden und Bezirksgemeinschaften bezüglich der Arbeit der KOI. Mehrere befragte Personen wünschten sich einen größeren Fokus auf Maßnahmen, welche gezielt die Südtiroler Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ansprechen, wie etwa öffentlichkeitswirksame Sensibilisierungskampagnen in öffentlichen Räumen bzw. Lokalmedien zur wichtigen Rolle, die Migranten und Migrantinnen in der Südtiroler Gesellschaft und Arbeitswelt einnehmen und Vorurteile abbauen sollen. So eine interviewte Person:

Es bräuchte Artikel in den Bezirks- oder Gemeindezeitungen, die in einfacher Sprache gegen diese Stimmung „Die Ausländer wollen nur das Geld“ schreiben. Denn die Leute sehen nicht, wo diese Leute überall arbeiten, damit unser System funktioniert... Die ganzen Hotels, in der Reinigung. Für mich müsste das transparenter und klarer kommuniziert werden, dass sie da sind und dazugehören!

Gleichzeitig müsse das in den vergangenen Jahren produzierte Material und gewonnene Wissen besser kommuniziert werden: Die Webseite der KOI sei zwar gut gefüllt, aber wenige wissen wirklich, was im Bereich Integration in Südtirol geschieht. Viele Publikationen seien außerdem zu lang, sodass sie von den Integrationsbeauftragten kaum gelesen werde. Stattdessen bräuchte es „häppchenweise“ aufbereitete Informationen:

Es gibt so viel, was die KOI gemacht hat. Die Webseite ist super, tolle Sachen. [...] Aber vieles, was die KOI erarbeitet hat, ist bei uns wenig spürbar und es fällt wenig auf.

Es wäre auch sinnvoll, wenn die KOI bzw. der zuständige Landesrat bzw. die zuständige Landesrätin die Kompetenzen und Expertise der Gemeindereferenten und -referentinnen besser anerkennen und sie in Entscheidungsprozesse besser einbinden würde, um die Südtiroler Integrationsarbeit auch wirklich gemeinsam zu gestalten. Neben den Integrationsbeauftragten vor Ort sollte auch in den Bezirksgemeinschaften die Rolle des Integrationsbeauftragten eingeführt werden, um auf mehreren Ebenen Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerinnen und Netzwerke zu schaffen:

[Weil] die Bezirksgemeinschaft ist die Körperschaft, die die Gemeinden gut kennt – jetzt nicht nur im Bereich Migration. Auch andere, verknüpfte Themen. Migration und Alter, Migration und Schule, Migration und Pflege. Vor Ort brauchen wir Ressourcen, Personal vor allem.

Ein wichtiger Punkt, den verschiedene Integrationsbeauftragte aus peripheren Landes-teilen vorbrachten, war zudem die gefühlte Distanz zur KOI in Bozen, nicht nur räumlich, sondern auch „kulturell“. So scheine es manchmal, dass die Mitarbeiterinnen aus Bozen nicht wirklich die Herausforderungen der Integrationsarbeit in kleinen, peripheren Gemeinden verstünden. Hier bräuchte es einen besseren Austausch und eine dezentralisiertere Arbeitsweise der KOI:

Die KOI ist weit weg für die dörflichen Gemeinden. Bozen ist immer weit weg von den Themen, auch kulturell. Die Mitarbeiterinnen von der KOI kommen aus Bozen, was kein Nachteil ist, aber du weißt, was ich meine. Auch deshalb sollte es Ansprechpartner in der Bezirksgemeinschaft geben, die im Sinne der KOI Sachen weiterbringen ... Weil Bozen – denke ich mir oft – das ist nicht Südtirol.

Ganz zentral, um diese zusätzlichen Aspekte umzusetzen, sei, so die Interviewpartner bzw. Interviewpartnerinnen, eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der KOI sowie eine klare, langfristige Integrationsstrategie:

Da ist massiv viel zu tun und da ist mir vollkommen klar, dass die KOI mit knapp drei Leuten ein ganzes Land bedienen muss. Das ist lächerlich.

Somit ist die Rolle der KOI sowohl innerhalb der Landesverwaltung als auch im Rahmen der Netzwerkarbeit zentral für eine Entwicklung einer langfristigen Integrationspolitik. „Integration muss endlich Priorität werden“, fasst eine interviewte Person zusammen.

Es gilt, die Arbeit der KOI sichtbar zu machen, sowohl intern, in der Landesverwaltung als auch für alle Akteure, die sich auf lokaler Ebene und in der Zivilgesellschaft mit Integration beschäftigen. Das, so eine der interviewten Personen, solle garantieren,

dass das Thema Integration in möglichst allen Orten und Stellen, die gesellschaftspolitische Verantwortung haben, präsent ist.

Einige der Interviewpartner bzw. Interviewpartnerinnen regen dazu eine Neuausrichtung der KOI an, „weil die strukturellen Voraussetzungen für eine gezielte Steuerung fehlen“, wobei dies einerseits in der strategischen Ansiedlung des Politikbereiches innerhalb eines größeren Themenbereiches liegt, als auch in der hierarchischen Ansiedlung der KOI. Einerseits profitiert die KOI vom „Eingebunden sein in operative Abläufe, die in den Abteilungen Routine sind“. Andererseits „bräuchte es eine Stelle, die beim Landeshauptmann angesiedelt ist, um mit mehr Kraft aufzutreten“.

Weiters bemängeln einige befragte Referenten bzw. Referentinnen die neutrale Position der KOI, die sich so gut wie nie öffentlich äußere und Kritik übe, besonders bei diskriminierenden Vorfällen:

Ich erwarte mir da von der KOI Ansagen, das muss politischer werden. Die Arbeit kann sich nicht auf eine Ausführung von den Projekten des Landesrats beschränken.

Es gilt somit, die sehr geschätzte Netzwerkarbeit der KOI und die zentrale Position als Knotenpunkt der lokalen Integrationsarbeit institutionell (personell, finanziell, in der Hierarchie der Landesverwaltung) sichtbar zu machen für die gesamte Südtiroler Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund, und für alle Akteure, unabhängig ob sie sich mit dem Thema Integration beschäftigen oder nicht. Außerdem sollte sie auch die politischen Visionen und thematischen Schwerpunkte so kommunizieren, sodass Integration nicht mehr ein Nischenthema ist, sondern, dass das Thema „Selbstverständlichkeit bekommt“. Denn:

Politik hat nicht nur die Aufgabe, Infrastruktur und Gesetze zu schaffen, sondern es geht darum, die gesellschaftspolitische Debatte zu führen.

Ähnlich sollte sich die KOI nicht auf die Koordination unterschiedlicher Ressorts, Ämter und Integrationsakteure außerhalb der Landesverwaltung beschränken, sondern Integrationspolitik aktiv mitgestalten, oder wie es in einem Interview treffend formuliert wurde „*ci metta la faccia*“.

2.4.1. Fazit

Als zentrale Anlaufstelle für die Integrationsreferenten und -referentinnen, viele von ihnen noch relativ unerfahren in der Materie, ist die KOI in der Integrationsarbeit vor Ort unabdingbar. Die KOI war erfolgreich in dem Aufbau eines landesweiten Netzwerkes an lokalen Integrationsbeauftragten. Das Netzwerk ist sehr aktiv, wird von der KOI regelmäßig zu Treffen einberufen und der beidseitige Informationsfluss ist gegeben. Die Arbeit der Koordinierungsstelle wird von den befragten Personen insgesamt als sehr gut bewertet. Betont wurde insbesondere die Professionalisierung der Stelle und der dort arbeitenden Personen im Laufe der letzten fünf Jahren. Das Lob betraf vor allem die Unterstützung in

der Informationsbeschaffung, der Finanzierung von Projekten und die Organisation von Netzwerktreffen, die auch als die wichtigsten Aufgabenfelder der KOI beschrieben wurden. Negativer fiel hingegen die Bewertung bezüglich der strategischen Ausrichtung der KOI aus: Die Ausarbeitung eines Mehrjahresplans sowie die öffentliche Positionierung der KOI als zentrale Gestalterin der Integrationspolitik in Südtirol sollten zu den Prioritäten der KOI in den nächsten Jahren werden.

3. ANNEX - Fragebogen

Allgemeine Informationen

Gemeinde _____

Wie heißen Sie? _____

Welchen Zuständigkeitsbereich haben Sie in Ihrer Gemeinde? _____

Seit wann sind Sie Integrationsbeauftragte*r? _____

Integrationspolitik der Gemeinde

Seit wann hat Ihre Gemeinde eine*n Integrationsbeauftragte*n (wie vorgesehen vom Gesetz über die Integration der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen, Nr. 12/2011, Art. 3.3)?

2011

2015

Sonstiges (bitte angeben) _____

Hat Ihre Gemeinde ein Integrationskonzept?

Ja

Nein

Ist die Ausarbeitung eines Integrationskonzeptes in Planung?

Ja

Nein

Wer war/ist an der Ausarbeitung dieses Konzepts beteiligt?
(Mehrfachantworten möglich)

Der Gemeinderat

- Die in der Gemeinde ansässige Bevölkerung
- In der Gemeinde ansässige Personen mit Migrationshintergrund
- Interkulturelle Mediator*innen
- Expert*innen
- Die Koordinierungsstelle für Integration der Autonomen Provinz Bozen

Ausarbeitung bzw. Weiterentwicklung/Überarbeitung des Integrationskonzepts

- Stärkung der Netzwerkarbeit
- Teilnahme an Projekten im Bereich Integration
- Organisation von Veranstaltungen im Bereich Integration
- Sensibilisierung der gesamten Bevölkerung
- Sonstiges (bitte angeben)

Für wie wichtig erachten Sie folgende Aktivitäten in Ihrer Gemeinde im Bereich Integration für die nächsten 5 Jahre?

Sensibilisierung der gesamten Bevölkerung _____

Stärkung der Netzwerkarbeit _____

Organisation von Veranstaltungen im Bereich Integration _____

Ausarbeitung bzw. Weiterentwicklung/Überarbeitung des Integrationskonzepts _____

Welche anderen Gemeindeämter/Gemeinderäte sind an der Ausarbeitung und Umsetzung der Integrationspolitiken beteiligt?

Welche anderen Gemeindeämter/Gemeinderäte sollten Ihrer Meinung nach zudem an der Ausarbeitung und Umsetzung der Integrationspolitiken beteiligt sein?

Arbeiten derzeit Menschen mit Migrationshintergrund in der Gemeinde als Angestellte oder Praktikant*innen?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

Gibt es Ihrer Meinung nach besondere Herausforderungen im Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Ihrer Gemeinde? Wenn ja, bitte beschreiben Sie diese Herausforderungen.

Gibt es Ihrer Meinung nach Erfolge bzgl. des Zusammenlebens unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Ihrer Gemeinde? Wenn ja, bitte beschreiben Sie diese.

Gibt es in Ihrer Gemeinde ein Budget für Integrationsmaßnahmen?

- Ja
- Nein

Wie hoch ist das Budget?

Welchen Zeitraum deckt das Budget ab?

Deckt das Budget die Anfragen in diesem Bereich?

- Ja
- Zum Teil
- Nein

In Ihrer Gemeinde gibt es ... (Mehrfachantworten möglich)

- Einen Ausländerbeirat
- Eine Arbeitsgruppe zum Thema (Integration/Inklusion/Migration) in der Mitbürger*innen mit und ohne Migrationshintergrund teilnehmen
- Migrationshintergrund teilnehmen
- Keines der genannten

...und in Ihrer Gemeinde gibt es ... (Mehrfachantworten möglich)

- Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund, die im Rahmen von politischen Parteien in der Gemeindepolitik aktiv sind
- Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund im Gemeinderat
- Sonstiges (bitte angeben)
- Keine der genannten

Ausländerbeirat

Welche Aufgaben hat der Ausländerbeirat? _____

Wie setzt sich dieses Gremium zusammen? _____

Wie wird es ernannt/erwählt? _____

Falls vorhanden, auf welchen Beschluss des Gemeinderats o.ä. bezieht sich der Beirat? _____

Arbeitsgruppe „Integration“

Welche Aufgaben hat die Arbeitsgruppe „Integration“? _____

Wie setzt sich dieses Gremium zusammen? _____

Wie wird es ernannt/gewählt? _____

Falls vorhanden, auf welchen Beschluss des Gemeinderats o.ä. bezieht die Arbeitsgruppe? _____

Ist die Einsetzung eines Ausländerbeirats oder einer AG Integration geplant?

- Ja
- Nein

Projekte

Hat die Gemeinde in den letzten 5 Jahren drittmittelfinanzierte Projekte im Bereich Integration durchgeführt?

- Ja
- Nein

Über welche Finanzierungsschienen wurden diese drittmittelfinanzierten Projekte durchgeführt?
(Mehrfachantworten möglich)

- SPRAR/SIPROIMI/SAI
- ESF
- Interreg
- Finanzierung durch die Autonome Provinz Bozen
- ERASMUS+
- Sonstiges (bitte angeben) _____

Geplante Projekte

Ist die Durchführung von drittmittelfinanzierten Projekten im Bereich Integration in den nächsten 5 Jahren geplant?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

Welche Finanzierungsschienen sind hierfür vorgesehen? (Mehrfachantworten möglich)

- SPRAR/SIPROIMI/SAI
- ESF
- Interreg
- Finanzierung durch die Autonome Provinz Bozen
- ERASMUS+
- Sonstiges (bitte angeben) _____

Integration vor Ort

Welche der folgenden Angebote oder Dienstleistungen, die das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund fördern, sieht Ihre Gemeinde vor? (Mehrfachantworten möglich)

- Informationsveranstaltungen zum Thema Diversität und Zusammenleben für die gesamte Bevölkerung
- Willkommensbrief für neu zugezogene Personen
- Willkommensveranstaltungen für neu zugezogene Personen
- Interkulturelle oder interreligiöse Veranstaltungen
- Räumlichkeiten für kulturelle oder religiöse Vereine, die von Menschen mit Migrationshintergrund geleitet werden
- Ermöglicht die Bestattung von Personen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit
- Überblick über integrations-/migrationsrelevante Aktivitäten von Vereinen
- Informationen in verschiedenen Sprachen (zusätzlich zu Deutsch, Italienisch, Ladinisch)
- Bücher in verschiedenen Sprachen in der Gemeindebibliothek (neben Deutsch, Italienisch Ladinisch und Englisch)
- Angebote zur Lese- und Sprachförderung (z.B. Lesementor*innen)
- Keine der Genannten
- Sonstiges (bitte angeben) _____

Gibt es in der Gemeinde Vereine, die sich besonders mit dem Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen beschäftigen?

- Ja
- Nein

Gibt es in der Gemeinde von Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund geführte Vereine?

- Ja
- Nein

Vereine _____

Bitte geben Sie die Vereine an, die sich besonders mit dem Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen beschäftigen.

Bitte geben Sie die Vereine an, die von Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund geführt werden.

Bietet die Gemeinde Vereinen, die einen Beitrag zur Förderung des Zusammenlebens unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen leisten, finanzielle/logistische Unterstützung?

- Ja
- Nein

Nutzt Ihre Gemeinde Dienste von interkulturellen Mediator*innen?

- Ja
- Nein

Gibt es in Ihrer Gemeinde ein Gemeindeblatt? (print/online)

- Ja
- Nein

Wird darin manchmal auch über ansässige Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund berichtet?

- Ja
- Nein

Werden Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund in der Erstellung des Blattes miteingebunden?

- Ja
- Nein

Netzwerke und Zusammenarbeit

Welche in Ihrer Gemeinde aktiven Organisationen oder Einrichtungen arbeiten im Integrationsbereich mit der Gemeinde zusammen? (Mehrfachantworten möglich)

- Vereine und Verbände
- Pfarrei/Pfarrgemeinderat
- Unternehmen
- Privatpersonen
- Bildungseinrichtungen
- Ordnungshüter*innen
- Wohnbauinstitut
- Sonstiges (bitte angeben)
- Keine der genannten

Mit welchen Organisationen und Einrichtungen außerhalb der Gemeinde bzw. mit anderen Gemeinden arbeiten Sie im Bereich Integration und Migration zusammen? (Mehrfachantworten möglich)

- Gemeinden in der Autonomen Provinz Bozen
- Gemeinden in anderen Provinzen Italiens
- Gemeinden außerhalb Italiens
- Volontarius, Caritas, Rotes Kreuz
- Sogenannte „Migrantenvereine“
- Andere Vereine im Bereich Integration und Migration
- Gemeindeverband
- Bezirksgemeinschaft
- Sanitätssprengel
- EU/EFS Projekte
- KOI – Koordinierungsstelle für Integration der Autonomen Provinz Bozen
- Abteilung Soziales der Autonomen Provinz Bozen
- Sonstiges (bitte angeben)
- Keine der genannten

Welche Organisationen/Einrichtungen sollten zudem in die Integrationspolitik eingebunden werden?

Fokus Asyl und Flucht

Leben in Ihrer Gemeinde derzeit Asylbewerber*innen und Flüchtlinge?

- Ja
- Nein

Wie viele Asylbewerber*innen und Flüchtlinge leben derzeit in Ihrer Gemeinde?

Welches sind die wichtigsten Herkunftsländer dieser Personen? Wo sind sie untergebracht?
(Mehrfachantworten möglich)

- CAS-Struktur
- SAI-Projekt
- Privatunterkünfte
- Obdachlos
- Sonstiges (bitte angeben) _____

Gibt es in Ihrer Gemeinde Wohnmöglichkeiten für obdachlose Personen?

- Ja
- Nein

Hat Ihre Gemeinde in den vergangenen Jahren an einem SPRAR/SIPROIMI/SAI-Projekt teilgenommen?

- Ja
- Nein

Wie würden Sie die Erfahrung mit diesem/n Projekt/en insgesamt beschreiben?

- Überhaupt nicht gut
- Eher nicht gut
- Eher gut
- Sehr gut

Würde die Gemeinde wieder an einem solchen Projekt teilnehmen?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

Warum wurde an keinem dieser Projekte teilgenommen?
(Mehrfachantworten möglich)

- Kein Bedarf
- Bereits hoher Prozentsatz von Personen mit Migrationshintergrund in der Gemeinde
- Bürokratischer Aufwand zu groß
- Sonstiges (bitte angeben)
- Weiß nicht

Unter welchen Bedingungen würde die Gemeinde teilnehmen?
(Mehrfachantworten möglich)

- Gezielte Weiterbildungen
 - Zusammenarbeit im Netzwerk mit anderen Gemeinden/Bezirksgemeinschaften?
 - Unter keinen Umständen
 - Sonstiges (bitte angeben) _____
-

Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle für Integration

Wie wichtig ist für Sie als Integrationsreferent*in die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle für Integration?

- Überhaupt nicht wichtig
- Eher nicht wichtig
- Eher wichtig
- Sehr wichtig

Welche der Angebote der KOI kennen Sie bereits? (Mehrfachantworten möglich)

- Beiträge für Integrationsprojekte
- Beiträge für interkulturelle Mediation
- Integrationsleitfaden für Gemeinde- und Bezirksreferent*innen
- Informationsbroschüre für neue Mitbürger*innen

- Information und Beratung
- Vernetzungstreffen der Integrationsreferent*innen der BZG/Gemeinden
- Individuelle Sprechstunden für Migrant*innen
- Sonstiges (bitte angeben) _____

- Keine der oben genannten

Welche dieser Angebote haben Sie in den letzten 12 Monaten genutzt? (Mehrfachantworten möglich)

- Beiträge für Integrationsprojekte
- Beiträge für interkulturelle Mediation
- Integrationsleitfaden für Gemeinde- und Bezirksreferent*innen
- Informationsbroschüre für neue Mitbürger*innen
- Information und Beratung
- Vernetzungstreffen der Integrationsreferent*innen der BZG/Gemeinden
- Individuelle Sprechstunden für Migrant*innen
- Sonstiges (bitte angeben) _____

- Keine der Genannten

Haben Sie in den letzten 12 Monaten Kontakt mit der KOI aufgenommen?

- Ja
- Nein

Aus welchen Gründen haben Sie Kontakt mit der KOI aufgenommen? (Mehrfachantworten möglich)

- Austauschtreffen der Integrationsreferent*innen
- Einreichung eines Finanzierungsantrags für Integrationsprojekt
- Informationen zu den Gesellschafts- und Kulturkursen
- Sonstiges (bitte angeben)

Wurden Sie in den letzten 12 Monaten von der KOI kontaktiert (Newsletter ausgeschlossen)?

- Ja
- Nein

Warum wurden Sie von der KOI kontaktiert? _____

Welche zusätzlichen Angebote/Dienstleistungen würden Sie sich von der KOI wünschen? _____

Die Rolle des/der Integrationsbeauftragten

Mit welchen Anliegen kontaktiert Sie die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund im Bereich Integration/Migration? (Mehrfachantworten möglich)

- Wohnen
- Arbeit
- Beiträge
- Diskriminierung
- Rechtliches
- Kindergarten und Schule
- Gesundheit
- Soziales
- Vereinswesen und Veranstaltungen
- Religion
- Sprachliches (Übersetzungen, Kulturmediation)
- Sonstiges (bitte angeben)

Empfinden Sie, dass Sie Ihrer Rolle als Integrationsreferent*in gerecht werden können?

Wie wichtig wären folgende Aspekte für eine bessere Ausübung Ihrer Rolle als Integrationsbeauftragte*r?

Sehr wichtig / Eher wichtig / eher nicht wichtig / nicht wichtig

Mehr politische Unterstützung vom Gemeinderat _____

Nähere Informationen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund _____

Nähere Informationen zu den Kompetenzen der Gemeinde
und deren Integrationsbeauftragten im Bereich der Integration _____

Nähere rechtliche Informationen (z.B. bzgl. der Aufenthaltsgenehmigungen;
Rechte und Pflichten in Bezug auf Sozialleistungen, usw.) _____

Ein größeres Budget _____

Kurse/Weiterbildung _____

Handbuch/ Richtlinien _____

Mehr Austausch mit anderen Gemeinden _____

Mehr Austausch mit der Koordinierungsstelle für Integration _____

Mehr Austausch mit der Bezirksgemeinschaft _____

Wissen Sie, an wen Sie sich wenden können, wenn Sie Informationen oder Unterstützung brauchen?

- Nein, häufig nicht
- Manchmal nicht
- Ja, eigentlich immer

Eurac Research

Institut für Minderheitenrecht

Drususallee 1

39100 Bozen

T +39 0471 055 200

Minority.rights@eurac.edu

www.eurac.edu/minority-rights